



Die unterzeichnete Expedition ladet zum **Abonnement** für die Monate **Februar und März** ergebenst ein.

Der Abonnementspreis für diesen Zeitraum beträgt in Breslau 1 Thlr. 10 Sgr., auswärts inclusive des Portozuschlages 1 Thlr. 25 Sgr.

Da die königl. Post-Expeditionen nur auf vollständige Quartale Bestellungen ausführen, so ersuchen wir Diejenigen, welche dieses neue Abonnement benutzen wollen, den Betrag von 1 Thlr. 25 Sgr. **direct und franco an uns einzufenden**, wogegen wir die gewünschten Exemplare pünktlich der betreffenden Postanstalt zur Abholung überweisen werden.

Breslau, den 24. Januar 1868.

Expedition der Breslauer Zeitung.

Friedenswünsche.

Der Gang der Ereignisse im letzten Jahre muß den Regierungen die Nothwendigkeit vor die Augen führen, die Zahl der stehenden Truppen herabzusetzen. Wir theilen nicht die roßige Anschauung, daß durch die Resolutionen eines Friedenscongresses der Krieg mit einem Schlage abgeschafft werden kann. Der ewige Frieden, wenn er überhaupt ein je erreichbares Ziel ist, kann nur das Resultat einer auf allen Gebieten fortschreitenden Entwicklung, nur die Folge davon sein, daß die politischen und intellectuellen Fortschritte des Menschengeschlechts die Kriegursachen beseitigt haben. Es ist Thorheit, gegen den Krieg zu eifern, so lange in den menschlichen Verhältnissen Veranlassungen zum Kriege liegen. Und wie die Menschen einmal sind, wird keiner der jetzt lebenden Generation den Zeitpunkt sehen, wo der Krieg nur eine Erinnerung aus finsterner Vergangenheit ist. So lange wir die Möglichkeit des Krieges vor Augen haben, wollen wir auch für den Kriegsfall uns vorsehen.

Wir theilen ferner nicht die Anschauung, daß es Pflicht einer Nation sei, nicht stark und kriegstüchtig dazustehen, weil sie hierdurch den Nachbarn Veranlassung zu ewiger Befürchtung gebe. Alles was eine Nation im Frieden groß macht, macht sie auch für den Krieg tüchtiger. Ein reiches Volk ist im Kriege mehr zu fürchten, als ein armes, ein kräftiges mehr als ein verkümmertes, ein gebildetes mehr als ein verbummtes. Mit demselben Rechte, mit welchem man aufgestellt hat, daß die Concentration der politischen Macht Deutschlands ein Grund der steten Sorge für unsere Nachbarn, eine permanente Kriegsdrohung sei, könnte man auch den allgemeinen Volksunterricht als ein Uebel denunciren; denn mittelst desselben hat Preußen seine Siege erfochten, und wenn derselbe beseitigt wurde, würde Deutschland im Kriege minder zu fürchten sein.

Wir verkennen nicht die Vortheile einer guten Militärverfassung, der nordamerikanische Bürgerkrieg hat ihren Werth gezeigt, denn derselbe würde zweifellos sehr viel weniger Zeit, Geld und Blut gekostet haben, wenn sich in demselben von Anfang an zwei geachtete Heere gegenüber gestanden hätten. Wir verkennen nicht die Vortheile einer guten Bewaffnung, denn jeder Fortschritt in der Technik der Waffenlehre hat die Kriege weniger blutig und menschlicher gemacht und die Krupp und Dreyse haben, so paradox es klingen mag, in ihrer Weise auch an Friedenswerten gearbeitet. Wir geben endlich zu, daß der Kriegsdienst nicht eine absolute Verschwendung von Arbeitskraft ist. Die Schweiz erkennt in ihrem Militärsystem gewiß ein Mittel der körperlichen und geistigen Erziehung, und Niemand kann läugnen, daß die allgemeine Wehrpflicht Preußens viele junge Männer körperlich kräftiger, geistig umsichtiger, gewandter und selbstbewußter gemacht hat.

Es liegt uns fern, daran zu arbeiten, daß der preussische Staat wehrlos werde. Wie jeder Staat nach guten Gerichtseinrichtungen strebt, obwohl Proceß und Verbrechen nicht die Regel, sondern die Ausnahme bilden, wie er für diese Einrichtungen Geld hergibt, so muß er auch nach guten Heereseinrichtungen streben, obwohl der Krieg nicht die Regel, sondern die Ausnahme bildet. Wir haben im Jahre 1850 eine zu bittere Erfahrung gemacht, was es kostet, nicht schnell rufen zu können, als daß wir wünschen könnten, eine solche Erfahrung jemals zu wiederholen.

Allein ganz verschieden von der Frage, ob stehende Heere, brauchbare Waffen und ein gutes Militärsystem notwendig sind, ist die Frage des konkreten Maßes, in dem wir diese Einrichtungen brauchen. Ueber die erstere Frage werden alle Patrioten sich schnell einig; über die letztere Frage werden Militärs stets anderer Ansicht sein, als Männer des Friedens. Es gehört keine militärische Weisheit dazu, zu begreifen, daß ein Heer von 600,000 Mann einen Staat wehrfähiger hinstellt, als ein Heer von 400,000 Mann. Aber ganz verschieden davon ist die Frage, ein wie großes Heer ein Staat im Frieden unterhalten kann, ohne andere ihm obliegende Aufgaben zu vernachlässigen. Jedermann nimmt den Staat für die Interessen in Anspruch, die ihm vorzugsweise nahe liegen. Der Gelehrte wünscht Vermehrung der Unterrichtsanstalten und wissenschaftlichen Institute, der Handeltreibende wünscht neue Landstraßen und Eisenbahnen gebaut zu sehen und verlangt die Vermehrung der Handelsconfuln; der Jurist will vor allen Dingen die Zahl der Richter vermehrt und die Gerichtskosten herabgesetzt sehen. Es ist kein Wunder, wenn der General den Fortschritt des Staatslebens darnach mißt, wie viele neue Regimenter entstehen. Und wir leben in einer Zeit, wo — bei uns, wie in anderen Staaten — die Stimme des Militärs sich mehr Gehör verschafft, als die anderer Berufsstände.

Daß der norddeutsche Bund vorzugsweise nach einer guten Wehrverfassung gestrebt hat, finden wir in der Ordnung; daß in Folge dessen auch Frankreich seine Armeesorganisation zu verbessern bestrebt gewesen ist, müssen wir uns ohne Tadel gefallen lassen. Allein in Beziehung auf das concrete Maß ist man diesseits wie jenseits des Rheins zu weit gegangen und hat Kräfte absorbiert, die für andere Zwecke unentbehrlich sind. Conservative Stimmen haben unserer Militär-Organisation das bedenkliche Lob erteilt, sie sei so vortrefflich, daß kein Fortschritt daran geändert werden könne. Kein Thaler, kein Mann, geschweige ein Regiment dürfe daran fehlen. Wäre dieses vermeintliche Lob begründet, so würden wir einen schweren Tadel darin finden. Die Vorzüge einer Militärverfassung beruhen zum großen Theile auf ihrer Elasticität, welche gestattet, je nach der politischen Lage mehr oder weniger Mannschaften auf die Beine zu bringen.

Unser Handel, unsere Industrie haben die instructive Empfindung, daß auf beiden Ufern des Rheines mehr Männer unter den Waffen stehen, als für eine Friedenspolitik erforderlich sind. Darum fehlt der Glaube an den Frieden, der durch schenkende Versicherungen nicht geweckt werden kann. Frankreich und Preußen haben einander gezeigt, welcher Anstrengungen sie für den Nothfall fähig sind und jeder von beiden Staaten wird die Lehre sich sorgfältig hinter die Ohren schreiben. Es wäre hoch an der Zeit, auf dem Wege des Vertrages festzustellen, daß man jetzt diese Anstrengungen nicht nöthig hat und durch Verminderungen der Präsenz dem Verkehr seine Zuversicht zurückzugeben. Der Staat, welcher sich hierzu zuerst entschloß, würde sich um den Aufschwung des Verkehrs Verdienste erwerben, die durch bloße Worte nicht zu ersetzen sind.

□ **Beleuchtung des vom preussischen Generalstabe edirten Werkes: „Der Feldzug des Jahres 1866 in Deutschland.“** (Zweites Heft.)

XVIII.

Gefecht von Nachod. (Schluß.)

General Löwenfeld mußte den Rand des Plateaus behaupten, um das Debouchiren der nachfolgenden Abtheilungen des Corps zu ermöglichen. (Man vergleiche die ähnliche Lage bei Trautenau, wo aber für die Gewinnung des zum Debouchiren nöthigen Plateaus nicht glücklich operirt wurde.) Diese Behauptung gelang hier. Auf dem linken Flügel wiesen das 2. Bataillon des Regiments Nr. 37 und die beiden Batterien den Angriff des Feindes zurück. Das Dragoner-Regiment Nr. 4, vor dessen Front Prinz Waldert im Tirailleurfeuer hielt, ritt zur Attaque an, mußte aber des Terrains wegen die Verfolgung aufgeben. — Im Centrum hatte sich das Gros der Brigade Rosenzweig in dem von den Preußen verlassenem Wäldchen nördlich des Wenzelsberges festgesetzt und brach jetzt gegen die preussische Mitte am Platzaufstande vor. Vom Feuer der Halb-Bataillone Schreiner und Winterfeld und der Jäger unter Hauptmann v. Klaf in der Front empfangen, wurde der Feind gleichzeitig durch die Halb-Bataillone Bojan und Suchobolek flankirt und dadurch zurückgeworfen.

Eben so günstig wandte sich nun das Gefecht auch auf dem rechten preussischen Flügel in der Nähe von Wysofow. Hier stand die Brigade Wnuck. Rechts die Ulanen, links die Dragoner, gedeckt hinter dem Abfalle des Plateaus in rechts abmarßirten zusammengezogenen Escadrons-Zug-Colonnen. Nachdem jenes Wäldchen vom Feinde genommen, erschienen Solms-Kürassiere. Den sich zeigenden Divisionen des Regiments Kaiser Ferdinand gingen die Ulanen Nr. 1 schwadronweise entgegen. Da dies Vorgehen gleichzeitig eine Escadron des Regiments Prinz Hessen bedrohte, führte General Wnuck auch das bereits durch Oberst-Lieutenant Wichmann auseinander gezogene Dragoner-Regiment Nr. 8 zur Attaque vor. Ohne Rücksicht auf das aus dem Walde kommende feindliche Feuer warf sich das Regiment auf den herausstühenden rechten Flügel des Feindes und stieß mit voller Kraft auf die rechte Flanke desselben. Inzwischen hatte sich das Ulanen-Regiment gegen den linken Flügel des Feindes und gegen eine auf die eigene rechte Flanke einfallende neu hinzugekommene Schwadron zu wehren. Durch das Eingreifen der 2. Escadron des Dragoner-Regiments Nr. 4 wurde diese Flankirung jedoch ausgeglichen. Auf der ganzen Front waren beide Theile völlig ineinander geritten; es entstand ein heftiges Handgemenge. Indes die Umfassung durch die Dragoner erwies sich so wirksam, daß der Feind bald, zuerst langsam, dann aber in voller Auflösung längs der Lisiere von Wysofow nach Westen zurücklagte, wobei das Halb-Bataillon Kurowski (37) noch in die Kürassiere hineinführen konnte. Ein Versuch der Kürassier-Brigade, sich in der Nähe des letzten Theiles von Wysofow zu sammeln, wurde durch herbeigeeilte Jäger vereitelt. General Wnuck, der das Jägerfeuer für feindliches hielt, befahl jetzt das Sammeln der Brigade, die im bestigen Ringen zwei Standarten vom Kaiser Ferdinand-Regiment als Trophäen erworben.

In diesem Reitergefechte wurden General Wnuck, Oberst-Lieut. v. Wichmann, Oberst v. Tressow und 12 Offiziere diesesorts verwundet. Das Sammeln der Cavallerie, wobei General Steinmetz zugegen war, erfolgte im lebhaften Granatfeuer. Noch mit dem Orden beschäftigt, sah man feindliche Infanterie nach mißlungener Attaque nach dem mehrgenannten Wäldchen zurückkehren. Die ersten raillirten Dragonerzüge attackirten unter Major v. Paczenski sofort den linken Flügel jener Infanterie, und dann warf sich Oberst Wichmann mit dem Rest des Regiments auf die Front derselben. Der Anlauf eines Jäger-Bataillons und mehrere Infanterie-Abtheilungen wurden gesprengt, dabei die Fahne eines Infanterie-Bataillons erobert. Major v. Nagmer blieb bei der Attaque, Lieutenant v. Pogrell (der Erste im Duarree) wurde verwundet (Narb später auch) und noch zwei Offiziere. Auch viele Gemeine fielen zum Opfer, da bis in den Wald dem Feinde nachgejagt wurde. — Es war jetzt 12 Uhr und somit dem General Löwenfeld gelungen, mit 5 1/2 Bataillonen und zwei Jägerzügen drei Stunden lang das Plateau gegen 21 Bataillone zu behaupten.

Im letzten Moment des bisherigen Gefechts erschienen der Kronprinz (von Braunau) und die 10. Division (nach einem Marsche von 3 Meilen) auf dem Kampfsplatze. Die zwei Treffen des Regiments Nr. 46 zogen sich sofort auseinander und säuberten mit den Halb-Bataillonen Bojan und Suchobolek das Plateau vom Feinde. Die Wenzelskirche und das Wäldchen nördlich derselben wurden erobert und traten jetzt die österreichischen Brigaden auf allen Punkten unter dem Schutze ihrer Artillerie den Rückzug an. — Inzwischen waren die 5 Batterien der feindlichen Artillerie-Reserve eingetroffen und fuhren auf dem Höhenrücken östlich von Kleny an. Demnach mußte sich das preussische Gros unter dem Feuer von achtzig österreichischen Geschützen entwickeln. Dies Feuer zu bekämpfen, vermochten nicht die Batterien der 10. Division; an und für sich schwächer, konnten sie nur nach und nach eingreifen, und behaupteten sie sich deshalb auch nicht zwischen Wysofow und dem Wäldchen. Die aus der Reserve eingetroffene Batterie Dyne-berge verlor hier in einer halben Stunde 21 tote und 32 verwundete Pferde. Erst östlich des Wenzelsberges gelangten die 3. 6pfündige und 12pfündige Batterie zur Thätigkeit. Die 2 Batterien der Avantgarde mußten zu ihrer Reetablirung zurück.

Die Avantgarde-Infanterie stand mit 2 Halb-Bataillons und 1/2 Jäger-Compagnie in Wysofow, mit 2 Halb-Bataillonen östlich Wenzelsberg, der Rest war da geblieben, wo der feindliche Angriff zurück-

gewiesen war, als die Infanterie des Gros von 12 Uhr ab allmählich auf dem Plateau eintraf. Im Desfile verfahren Munitions- und Sanitätswagen hatten viel Aufenthalt verursacht. Nach und nach wurden indes jetzt von ihr Wysofow, Wenzelsberg und das dazwischen liegende Wäldchen stark besetzt; alles Uebrige formirte sich hinter diesen 3 Stützpunkten. General v. Kirchbach übernahm bei Wysofow, General v. Tiedemann im Wäldchen das Commando. Das feindliche Geschützfeuer beherrschte noch immer das ganze Plateau und verursachte große Verluste. — Die drei zurückgegangenen österreichischen Brigaden näherten sich in weißlicher Richtung Kleny, als die 4. Brigade, Waldstätten, dafelbst eingetroffen, und es war 1 Uhr, als FML. Ramming befahl, die Westspitze des Wäldchens anzugreifen und als weiter rechts, von Prowowow aus Abtheilungen der Brigade Rosenzweig dies Vorgehen unterstützten. — In Folge dieser feindlichen Bewegung traten das Halb-Bataillon Heugel (46.) und Schützen des Regiments Nr. 6 mit dem Füsiliers-Bataillon aus dem Walde heraus; gleichzeitig rückten von Wenzelsberg die Halb-Bataillone Priebisch und Gallwitz (46.) in die rechte Flanke des Feindes. Dieser mußte zurück und verlor dabei über 200 Gefangene.

Die Brigade Waldstätten war unterdeß nördlich von Wysofow abgerückt, um die rechte preussische Flanke zu bedrohen, einige Batterien der Geschützreserve waren gefolgt, und noch weiter nördlich (bei Hoteker Hof) umging Prinz Holstein mit 1 Kürassier-Regiment und einigen Geschützen den preussischen rechten Flügel. — Nach 1 1/2 Uhr wurde der westliche Theil von Wysofow und die nördliche Lisiere des langen Dorfes in der Mitte desselben vom Feinde angegriffen. Dort wiesen Halb-Bataillone des Regiments Nr. 52, hier die Halb-Bataillone Webern und Tpaden (Nr. 6) den Angriff zurück, wobei wieder ein Halb-Bataillon des Regiments 52 aus dem Dorfe heraustrat und den Oesterreichern in die Flanke fiel. Gegen die erwähnte Umgehung, welche General Kirchbach wahrgenommen, war General Wittich mit mehreren Halb-Bataillonen des Regiments Nr. 47 und der Brigade Wnuck nördlich von Wysofow vorgegangen. Auch dieses Gefecht endete mit dem Rückzuge des Gegners, wobei 1 feindliches Geschütz erobert und 3 andere, steden gebliebene später vorgefunden wurden. Major v. Brandenstein mit dem Füsiliers-Bataillon Nr. 47 wandte sich nunmehr gegen die noch in der rechten Flanke befindliche feindliche Cavallerie, die dabei noch von 2 Escadronen Ulanen bedroht wurde. Die Oesterreicher wichen aus; es kam daher nur zur Einzel-Attaque der 3. und 4. Escadron Ulanen, welche eine feindliche feuernde Batterie in der Flanke angriffen und dabei 2 Geschütze eroberten, während die Kürassiere auch hier jeder Attaque auswichen.

Endlich war es jetzt der preussischen Divisions-Artillerie gelungen, mehr Geschütze ins Gefecht zu führen und das feindliche Artilleriefeuer etwas zu dämpfen. Gleichzeitig hatte aber auch die preussische Reserve-Artillerie das Gefechtsfeld erreicht, wobei die vorderste Batterie Treuenfels noch vor dem Abzuge 16 Mann und 18 Pferde verlor. Trotzdem eröffnete sie ihr Feuer und die anderen Batterien marschirten neben ihr auf. Somit begleiteten 42 gezogene Geschütze den Abzug des Feindes auf Kleny, während nördlich von Wysofow noch 2 reitende Batterien ihn beschoßen. — FML. Ramming gab vor 5 Uhr alle Versuche zu weiteren Angriffen auf; seine sämtlichen Truppen trafen den Rückzug auf Skalitz an. — Im letzten Moment waren noch das Füsiliers-Bataillon Nr. 52 und das Königs-Grenadier-Regiment eingetroffen, und gelangten diese Truppen noch zum Schützengesecht mit dem abziehenden Feinde. Das genannte Bataillon und die Brigade Wnuck folgten ihm bis dicht an Kleny heran, wo feindliche Cavallerie (Schindlscher) aufmarschirt war. Die Ermattung von Mannschaften und Pferden machte indes hier dem Kampfe ein Ende. — Ramming hatte 227 Offiziere, 7145 Mann, Prinz Holstein 8 Offiziere, 130 Mann verloren. Davon 2500 Gefangene. Die Preußen hatten 62 Offiziere, 1060 Mann eingebüßt. Unter den Gefallenen befand sich noch Major v. Niesen (Drag. Nr. 4), unter den Verwundeten: Oberst v. Walter, Oberstlieutenant v. Scheffler, die Majore: v. Grolmann, v. Wnuck, v. Ziegewitz.

Breslau, 24. Januar.

Die Verathung über den Etat des Cultusministeriums, die gestern begonnen, hat bis jetzt kein besonderes Interesse erregt, die vereinzelt Hinweisen auf den Art. 15 der Verfassung, welcher die Selbständigkeit der evangelischen Kirche verheißt, waren ziemlich schwach. Wir wollen hoffen, daß man bei der Verathung des eigentlichen Unterrichts-Etats etwas schärfer und genauer auf diesen Zweig der Staatsverwaltung eingehen wird; wir denken, das Cultusministerium verdient eine nicht minder eingehende Kritik, wie das Ministerium des Innern.

In Oesterreich vollzieht sich der Proceß der Durchführung der Verfassung langsam, aber ununterbrochen. Die heute angekommene Nummer der „Wien. Ztg.“ verzeichnet einen weiteren Schritt, indem sie die Formulirung des Dienstes des veröffentlicht, welchen die Beamten nun auf die Verfassung zu leisten haben. Damit — meint die „Presse“ — ist der volle Ernst der constitutionellen Umgestaltung Oesterreichs ausgesprochen, und an jeden Einzelnen, der seine Kraft im Staatsdienste nutzbar machen will, tritt die Anforderung heran, mit seinem Gewissen und seinen Grundsätzen abzurechnen. Wer verfassungsmäßiges Wirken mit seinen politischen oder nationalen Ansichten vereinbaren zu können glaubt, muß jetzt seine Entscheidung treffen. Es verweigert werden in Oesterreich ebensoviele wie in Preußen fernerhin als geeignete Organe der Regierungsgewalt angesehen werden können. Man hofft sogar, daß die Armee auf die Verfassung bereidigt werden wird.

In Italien scheint es, daß die Regierung ihren Zweck, das Budget für 1868 noch im Laufe des Monats summarisch votiren zu lassen, erreichen werde. Die „Riforma“ ist außer sich darüber und beschuldigt die eigene Partei, die Sache zu lau genommen zu haben, indem viele ihrer Mitglieder zu Hause geblieben seien. Ein Circularschreiben, von Crispi und einigen anderen seiner Collegen unterzeichnet, ladet die säumigen Mitglieder ein, sich sobald als möglich zu den Sitzungen einzufinden. Es scheint aber, daß dieser dringende Aufruf ohne Wirkung bleiben werde, weil viele Deputirte der Opposition vorzüglich nicht erscheinen, da sie mit der Haltung der Führer ihrer Partei unzufrieden sind und sich zugleich nach keiner Seite hin compromittiren wollen. — Eine sehr schwere Aufgabe wird in der nächsten Zeit das Ministerium des Innern zu lösen haben. In Subitalien bereiten sich nämlich französischen Blättern zufolge Dinge vor, welche auch auf Frankreich

Einfluss haben können, da sie die Verlegenheiten der Regierung noch immer steigern oder den Kaiser zwingen müssen, eine feste, klare italienische Politik zu beginnen. Die Bourbonisten werben unter Mitwirkung des Clerus für die Restauration des Thrones von Gottes Gnade, während die Garibaldisten für einen neuen Feldzug gegen Rom thätig sind. Die Ersteren haben in der Nacht vom 15. auf den 16. Januar ihre lächerliche Proclamation in den neapolitanischen Landstädten anleben und verbreiten lassen. Eindruck hat dieselbe auf die gebildeten Klassen allerdings nicht gemacht, indessen darauf rechnet die legitimistische Clique in Rom auch nicht; es gilt, die Massen zu fanatisiren.

Auf diese Weise wird das Land von den Extremen in raschloster und kühnster Weise durchwühlt, während die Florentiner Regierung eine Thorheit nach der anderen begeht und die Schwierigkeiten, allerdings von Paris und Rom aus fortwährend gesteuert, ihr förmlich Kopf und Verstand benommen zu haben scheinen. Der Sispelpunkt dieser Richtung wäre die Bildung eines Vice-Königthums beider Sicilien unter dem jungen Gemahl der schönen Nichte des Mg. de Merode, mit dem das junge Paar in Rom bei seiner Durchreise nach Neapel conferiren sollte, wie italienische Blätter zu verstehen gaben. Der zweite Sohn des Königs Victor Emanuel, der als klug, doch wenig charakterfest, sehr eitel und aristokratisch geschliffen wird, soll von dem alten Lamarmora unterstützt werden, von dessen Reactivierung wieder stark die Rede ist. Ob derselbe aber Ereignissen, wie sie nicht unwahrscheinlich sind, gewachsen sein würde, ist sehr die Frage. Was übrigens die Zustände in Neapel und jenen Plan der Bildung eines Vice-Königthums noch näher betrifft, so theilt die „Gazette de France“ darüber nach einem ihr aus Neapel zugekommenen Schreiben folgendes mit: „Lord Clarendon war von der Lage des Landes betroffen. Er sagte zu Jedermann, daß er einen solchen Zustand des Glanzes und der Ordnung und eine solche Unzufriedenheit nicht erwartet habe. Graf Apponyi, welcher zugleich von Rom aus eingetroffen war, erfährt dieselben Eindrücke. Wir erwarten tagtäglich den Herzog von Aosta. Die Vorbereitungen, welche bei diesem Anlasse die Behörden treffen, und der Glanz, mit dem man die Anwesenheit des Prinzen hier umgeben will, lassen mehr und mehr annehmen, daß man in Florenz die Absicht hat, dem Prinzen Amadeus die Krone von Neapel zu verleihen. Wie es scheint, werden wir in der Tourigrotta ein Militär-Carroussel und Wettrennen; Wälle, Gala-Vorstellungen im San Carlo-Theater u. s. w. haben. Das wäre die Ausführung des berühmten Spruchwortes: Feste, farina et forza (Feste, Brot und Schaffot). Wenn aber auch der Prinz das erste und letzte geben kann, so ist es ihm doch unmöglich, Brot zu geben, und wenn dieses fehlt, so bleibt nichts mehr übrig.“

Wie die „Liberte“ meldet, hat sich auch der Graf Sartiges, der französische Vorkämpfer in Rom, nach Neapel begeben, um die innere Lage dieser Provinz zu studiren und seiner Regierung darüber Bericht zu erstatten. Dagegen wird es bestritten, daß ein höherer Beamter des französischen auswärtigen Amtes nach Rom an den Vorkämpfer mit besonderen Instruktionen gesandt worden, oder daß Graf Sartiges sonst Auftrag zu besonderen Mittheilungen an den Papst erhalten habe.

In Frankreich werden die Officiellen immer freundlicher gegen Deutschland und sie mögen dazu ihre guten Gründe besitzen. Zunächst nämlich ist die Stimmung des Landes noch eine sehr trübe. In Bordeaux ist es wegen der Heurath sogar schon zu einem offenen Ausbruch gekommen; es mußte militärische Hilfe in Anspruch genommen werden, wobei einige Schiffe fielen. Sodann wird die vielbesprochene Anleihe als bevorstehend und ganz unvermeidlich betrachtet. Endlich aber scheint man gegen Preußen sich desto freundlicher zeigen zu wollen, je unfreundlicher sich die Beziehungen zu Rußland gestalten. Auffallend ist es in der That, wie maßhaft jetzt von den Agenten der polnischen Comite's Proclamationen und andere Schriften nach Polen abgehen, welche das Volk zum Ausmarsch mahnen und es auffordern, sich zur Abschüttelung des Joches bereit zu halten.

Unter diesen Umständen ist denn auch vielleicht die Annahme gerechtfertigt, daß es der französischen Regierung darum zu thun ist, Rußland zu schrecken, um es zur Zurückhaltung in der orientalischen Frage williger zu machen. Das Verhältniß des Kaisers gegenüber dem Schreiben des Prinzen Napoleon wurde dann allerdings als ein ganz Anderes zu fassen sein, als es in den Blättern geschehen. Die Gerüchte von Drohungen und dergl. wären lediglich künstlich in Umlauf gesetzt, um über den eigentlichen Zweck des Schreibens zu täuschen. Wie weit übrigens die Coalitionssucht in Frankreich nachgerade gediehen ist, zeigt insbesondere das neue Schreckbild, welches den Pariser-Journalen in dem Handelsvertrage zwischen Norddeutschland und Nordamerika aufgeblüht ist. Man vermuthet nämlich, daß derselbe nichts Anderes sei, als eine versteckte politische Allianz dieser Mächte mit Rußland, während es sich bei einigermaßen ernstlicher Ueberlegung wohl zeigen würde, daß das weiße Haus sehr wenig Lust verräth, die von ihm aus Mexico hinausgewiesenen Franzosen noch weiter zu verfolgen und daß Rußland, weil ohne Eisenbahnen, ohne genügende Bewaffnung des Heeres und ohne beachtenswerthe Marine durchaus noch nicht gerüstet und gefährlich ist.

In einem gewissen Zusammenhange mit der jetzt gegen Rußland erhaltenen Politik stehen auch die Gerüchte, welche Marquis de Moustier's Stellung als Minister wieder einmal als bedroht bezeichnen. Man schreibt darüber aus Paris: „Lavalette, weit entfernt, der Politik ganz zu entsagen, hätte dem Kaiser ein Memoria unterbreitet, über die auswärtige Politik Frankreichs gegenüber, in welchem angeht die Orientfrage hervorgehoben war, welche besonderes Interesse Frankreich und Europa daran haben, eine dauernde Ausöhnung und Annäherung zwischen Preußen und Oesterreich zu Stande zu bringen. Der Kaiser billigte das Programm und ließ Moustier rufen, um es ihm als Direction seiner künftigen Politik mitzutheilen. Wider Erwarten Lavalette's und vielleicht auch des Kaisers, erklärte sich der Minister mit diesem Programm ganz einverstanden und versprach, darnach zu verfahren. Indessen trotzdem hat Moustier in letzter Zeit durch Einmischung in mehrere Angelegenheiten, die nicht zu seinem Ressort gehörten, sich beim Kaiser ziemlich geschadet. Namentlich hatte er zum Nachfolger Limayrac im „Constitutionnel“ einen Herrn Beaumont dem Kaiser persönlich vorgeschlagen, der nach der Ansicht anderer Cabinetsmitglieder, als ehemaliger Cabinetschef Guizot's und späterer Director des Baudetheaters das kaiserliche Regime in solcher Stellung zu compromittiren geeignet gewesen wäre, weshalb die Empfehlung als „Mangel an Tact“ dem Minister des Meublen sehr verüßelt sein soll. In Hof- und politischen Kreisen glaubt man daher jetzt mehr denn je an den Wiedereintritt Lavalette's in's Ministerium, und zwar als Nachfolger Moustier's.“

Unter den englischen Blättern hält namentlich der „Morning Herald“ den augenblicklichen Stand der orientalischen Frage für nicht direkt gefährdend. „Dieselbe wird jedoch“, sagt das Blatt, „und zwar in nicht sehr langer Zeit zu einem großen Kriege führen. Indessen wird man darüber erst nach dem Ausbruch der Conferenzen zu St. Petersburg mit einiger Gewißheit reden können.“ Mit Zuversicht, meint der „Herald“, könne man jetzt schon sagen, daß die russische Regierung, so weit sie Freiheit zum Handeln habe sich nicht zu einer energischen Politik gegen die Türkei entschließen werde. Den einzigen Grund zu Befürchtungen gebe das Aufbrausen des so sehr in Erregung gebrachten Nationalgefühls, das den Czaren zwingen dürfte, einen neuen Kreuzzug für das Christenthum, wie man daselbst in Rußland versteht, zu unternehmen. — Die neuesten Nachrichten aus Asien (den 4. Januar) beschränken sich im Wesentlichen darauf, daß König Theodoros versucht habe, die Stadt Magdala zu bemächtigen

und die daselbst befindlichen Gefangenen nach der Festung Debra Labor oder deren Nachbarschaft abzuführen, da angeblich der ganze Platz zerstört worden sei. Wir bemerken indeß, daß diese Nachricht schon widerlegt ist. General Metewether hatte übrigens die Befürchtung ausgesprochen, „daß keine Hoffnung vorhanden sei, die Gefangenen in anderer Weise als durch reine Gewalt zu befreien“.

Deutschland.

— Berlin, 23. Januar. [Aus dem Abgeordnetenhaus.] — Die Verträge mit den Depositionen. — Das Zollparlament. — Der Handelstag.] Nach einer langen Reihe heißer Debatten pflegt in der Regel ein Moment der Ermattung in den parlamentarischen Verhandlungen einzutreten. Dieser Moment ließ in dieser Session sehr lange auf sich warten, endlich aber ist er doch erschienen. Sei es nun, daß jene Ermattung, sei es, daß die Abwesenheit des nervös angegriffenen Cultus-Ministers die Schuld trug, genug die Debatten über den Etat des Cultus-Ministeriums wickelten sich heute ziemlich schnell und jedenfalls ganz leidenschaftlos ab, selbst die annectirte Redseligkeit der Herren aus Hannover machte es heute sehr gnädig und wenn es so fortgeht, möchte am Ende, selbst trotz des, auch bei thümlichem Anlaß hier gewiß nicht ausbleibenden Weherufes über die Versäumnung des Bildes von Andrea del Sarto in der Berliner Bilder-Galerie mit obligatem Seitenhieb auf die Verwaltung dieses Instituts, der Etat schon morgen, oder spätestens übermorgen abgewickelt sein. Es wäre zu wünschen, daß die bevorstehenden großen Debatten über die Verträge mit den Depositionen und den Provinzialfonds erst in der nächsten Woche auf die Tagesordnung kämen, damit den Fractionen Zeit bliebe, sich darüber zu verständigen. Bis jetzt sind die Meinungen in beiden Fragen noch sehr getheilt. Bezeichnend genug ist der soeben beim Postschluß bekannt werdende Antrag v. Dieß und Genossen, der gestern Abend von der äußersten Rechten beschloffen wurde.

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:

- I. Dem vorliegenden Gesetz-Entwurf die Zustimmung zu versagen.
- II. Der künftigen Staats-Regierung im Staatshaushalts-Etat für 1868 unter den „einmaligen und außerordentlichen Ausgaben“ sub II. Finanz-Ministerium Cap. 5. Tit. 4, den Betrag von 500,000 Thlrn. zu den in dem vorliegenden Gesetz-Entwurf aufgeführten Zwecken zu bewilligen.
- III. Die künftige Staats-Regierung aufzufordern: spätestens bei Vorlegung des Staatshaushalts-Etats pro 1869 dem Landtage einen festen Plan über die den künftigen Provinzen zur Selbstverwaltung zu überweisenden Mittel vorzulegen.

Das rechte Centrum hat sich gestern Abend gleichfalls mit dem Antrage beschäftigt und ihm beizutreten beschloffen. Man sagt in den Kreisen, welche zu dem Antrage stehen, derselbe werde der Regierung willkommen sein, da sie einsehe die Vorlage nicht durchbringen zu können und doch einen Ausweg suche, da sie für Bewilligung des Fonds gewissermaßen engagirt sei. Dieser Annahme wird andererseits und zwar von gut unterrichteten Leuten durchaus widersprochen, doch behauptet man, die Regierung halte nach wie vor an der Annahme des Gesetzes fest und lege auf dieselbe den allergrößten Werth. Die Freiconservativen stimmen für Annahme des Gesetzes, ebenso, und zwar lediglich aus politischen Gründen die National-Liberalen. Letztere gehen auch, wie man hört, von der Annahme aus, daß eine Ablehnung der Verträge mit den Depositionen (die Zinsen der Entschädigungs-Gelder bilden bekanntlich eine Position in dem Etat für 1868), den erneuten Conflict unvermeidlich machen würde. — Nach Angaben aus verlässlicher Quelle ist der Zusammentritt des Zollparlamentes vor der zweiten Hälfte des März nicht zu erwarten und würden sich die Vorlagen auf den Vertrag mit Oesterreich und die Abänderung der Tarife beschränken, mithin wäre also nur eine kurze Session zu erwarten. — Das Centralbureau des deutschen Handelstages hat jetzt eine sehr große Thätigkeit zu entfalten durch den Eingang der Gutachten der verschiedenen deutschen Handelskammern betreffend die Abänderung des Zolltarifs. Dem Vernehmen nach sind die Handelskammern aus dem östlichen Deutschland einbellig für Beseitigung der Grenzölle, während die Gutachten aus den inneren Landestheilen vielfältig die Nothwendigkeit betonen, in Tarif-Reformen zurückhaltend zu sein und die für die Industrie nothwendige Stabilität der Tarife nicht zu erschüttern. Die Frage, ob der Handelstag vor, oder nach dem Zollparlament berufen werden soll, ist noch nicht entschieden; es gewinnt jedoch anscheinend die Ansicht der späteren Berufung die Oberhand, zumal angesichts des wie gesagt, nicht umfassenden Umfangs der Vorlagen für das Zollparlament. Die Leitung des Centralbureaus des Handelstages hat der Abgeordnete Alexander v. Sybel übernommen. — Bei dem statistischen Bureau sind bereits viele Millionen der Zählblätter für die Volkszählung verlangt worden.

— Berlin, 23. Jan. [Oesterreichs Verhältniß zu Preußen.] — Oesterreichs Verlangen und das Programm des „Pesti Naplo.“ — Ueber den Schluß der gegenwärtigen Sitzungsperiode des Abgeordnetenhauses.] Das Gewicht, welches officiële Wiener Stimmen auf die Haltung Preußens in der serbischen Angelegenheit, beziehungsweise in der orientalischen Frage, gelegt haben, berechtigt auch denjenigen Beobachter politischer Ereignisse, der sich dem schlüpfrigen Gebiet gewagter Combinationen grundsätzlich fern hält, zu einigen Schlüssen. — Zum Ersten hat offenbar die kaiserliche Regierung erkannt, daß die, für die Lebensinteressen des österreichischen Staates wichtigsten Ereignisse sich im Orient vollziehen werden, und man wird sich in Wien schwerlich der Ueberzeugung verschloffen haben, daß es für den Kaiserstaat wesentlich sein dürfte, den Ereignissen, welche sich auf dem rechten Donau-Ufer und an den Mündungen dieses Flusses vorbereiten, so weit gerüstet entgegen zu sehen, wie die neue innere Organisation es gestattet, — als die stricte Zuneigung der Main-Eine seitens Preußens zu überwachen. — Zum Zweiten hat sich Hr. v. Beust nicht verhehlen können, daß die Stellung, welche Preußen in der orientalischen Frage nimmt, für die Gestaltung der Dinge in der Türkei entscheidend sein dürfte. Falls Preußen Rußlands Politik unterstützte, würde dies ohne Zweifel eine schnelle Lösung der orientalischen Frage zur Folge haben; eine Lösung, wie sie Oesterreich kaum wünschen dürfte; wogegen eine freundschaftliche Vermittelung der preußischen Regierung den status quo aufrecht erhalten und Oesterreich Zeit gewähren würde, seine Bestrebungen zu innerer Consolidirung fortzusetzen. — Der erste Bericht Oesterreichs auf jede Einmischung in die Angelegenheiten des neuen Deutschlands würde jeden Anlaß zur Disharmonie zwischen beiden Mächten beseitigen, die Cabinete von Wien und Berlin einander näher bringen und neue Garantien für den Frieden bieten. Danach ist es aber nicht Preußen, welches „Erklärungen“ (wie sie der officiële Correspondent der „Angsb. Allg. Z.“ wünscht) zu geben hätte, sondern an Oesterreich wäre es, jenes angeblich Beust'sche Programm im „Pesti Naplo.“ (demzufolge Herr v. Beust Preußen an der Ueberschreitung der Main-Eine hindern würde) zu dementiren. — Man glaubt allgemein, daß mit dem 15. Februar die gegenwärtige Sitzungs-Periode des Abgeordnetenhauses ihr Ende erreichen wird.

Berlin, 23. Januar. [Außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am 22. Januar. Vorsitzender Vorsteher K. Hann.] Die am Sonnabend abgebrochene Debatte über die Deckung des Deficits wurde fortgesetzt, führte jedoch auch in

dieser Sitzung noch zu keinem Resultat. Die Deputation beantragt bekanntlich, das Deficit theils durch Anleihen, theils durch Steuer-Erhöhung (städtische Einkommensteuer) zu decken; der Magistrats-Antrag geht auf eine Erhöhung der Miethsteuer.

Aus den zahlreichen Neben haben wir Folgendes hervor: Referent Dr. Birchow: Die Schlacht- und Wahlsteuer ist zurückgegangen, die Miethsteuer ist zwar eine recht bequeme Steuer und es liegt in ihr eine gewisse Gerechtigkeit, aber sie habe den bedeutenden Fehler, daß die niederen Miethen einem relativ viel niedrigeren Einkommen entsprechen, als die höheren Miethen. Bei Gelegenheit der früheren Erhöhung (1855) der Miethsteuer hat die Regierung auch erhebliche Bedenken ausgesprochen und die Commune aufgefordert, eine andere Einnahmequelle zu suchen. Die Steuer sei um so drückender, wenn sie plötzlich, im Laufe des Jahres, eingeführt werde. Dadurch höre ja vollständig auf, was für die Steuer besonders angeführt sei, daß sie nämlich auf einer Art Selbstschätzung beruhe, indem ja Jeder seine Wohnung auch mit Rücksicht auf die Steuer wählen könne. Gegen die Erhöhung der Haussteuer hat sich in der Deputation eine noch größere Majorität herausgestellt, als gegen die Erhöhung der Miethsteuer. Correspondent Herr Delbrücke: Im Jahre 1866 ist eine Anleihe von 3 Millionen gemacht worden. Dabon sind für Kriegszwecke allerhöchstens 400,000 Thlr. ausgegeben worden, jetzt giebt es noch einen Rest von 400,000 Thalern, in anderthalb Jahren sind also 2,200,000 Thaler verwirtheiligt worden. Wenn die Finanzen der Stadt nicht zu Grunde gerichtet werden sollen, so müssen die Steuern der Bewohner mehr herangezogen werden. Der stellen Sie alle Bauten ein, bis die Steuerkraft der Bevölkerung gewachsen ist. (Bravo.) 12,500 Personen zahlen Einkommensteuer, auf diesen Bruchtheil der Bevölkerung sollte also die ganze Last gewälzt werden. Wenn man aber auch wirklich mit dem 1. Juli beginnt, so würde man (rechnet der Correspondent aus) durch Aufschlag auf die Einkommensteuer höchstens 180,000 Thlr. einnehmen, gegenüber einem Defect von 7—800,000 Thlr. Welche Anleihe Sie machen, welche Steuer-Erhöhung Sie beschließen, besser wird es doch nicht, oder vielmehr Sie fallen schnell wieder in das Deficit zurück, so lange wir nicht anders wirtschaften. (Zustimmung.) Wir müssen Ueberflüssiges über die Finanzlage gewinnen, um wieder die Leistung zu gewinnen. (Beifall.)

Magistrats-Commissar Kämmerer Hagen: Der Magistrat hat sich auf einen sehr mäßigen Betriebsfonds beschränkt, nach den Vorschlägen der Deputation würde ein solcher gänzlich aufgehoben. Das Jahr 1866 hat die Nothwendigkeit eines solchen gezeigt. Damals verfielen alle Quellen und wir mußten die Anleihe unter nachtheiligen Verhältnissen möglichst schnell veröffentlichen. Ich will keinen Stadttag, aber ein Betriebsfonds ist durchaus nothwendig. Daß die Finanzverhältnisse so schlecht geworden, liegt zum Theil darin, daß wir heute an Communalsteuern weniger zahlen, als vor 50 Jahren. 1815 wurde die Miethsteuer auf 8 und die Haussteuer auf 4 Procent festgelegt. Der Geldwerth der jetzigen Steuerleistungen ist ein bedeutend geringerer gegen die Bedürfnisse. Eine Gemeindefschule zu bauen, kostet jetzt 40,000 Thaler, früher 20,000 Thlr. Um eine ordnungsmäßige Verwaltung zu führen, bedürfen wir einer Verbesserung unserer Einnahmen. — Herr Keimer: Die Erhöhung einer bestehenden Steuer sei weniger drückend, als eine neue Steuer. Deshalb empfehle ich die Erhöhung der Haus- und Miethsteuer. — Herr Bollgold: In den letzten 5 Jahren seien 5 Millionen Thaler für Ausgaben verwendet worden, welche zum großen Theil für die Zukunft berechnet seien. Der Redner stellt den Antrag, die Veranlagung solle beschließen, die Anleihe abzulehnen und den Magistrat um Vorlage eines Wirtschaftsplanes für die nächsten fünf Jahre zu ersuchen, um hiernach die Höhe der nöthig werdenden Anleihe festzustellen. — Dr. Flug glaubt, daß die Stimmung auf eine Einkommensteuer hindeutet. — Dr. Löwe geht die einzelnen Steuern durch. Die Wahl- und Schlachtsteuer ist in ihrem Ertrage schon zurückgegangen. Die Miethsteuer folgt ihr: Ihre Zahlen zeigen schon seit Jahren ein bedenkliches Gesicht. Wir können nicht neue Steuern auferlegen oder bestehende erhöhen, so lange wir nicht eine gesunde Grundlage in einer Reform des Steuerwesens haben, so lange wir nicht die schlechte Wahl- und Schlachtsteuer beseitigt haben. — Herr Schäffer: Wenn wir die Schlacht- und Wahlsteuer aufheben, so müssen wir 2½ Millionen decken. Es ist also immer eine neue Steuer. Das Deficit muß unter allen Umständen gedeckt werden. Auf große Steuerprojecte können wir uns jetzt nicht einlassen, denn das Feuer brennt uns auf die Nägel. Die einzige praktische Steuererhöhung ist die der Haus- und Miethsteuer. Ich bin seit 16 Jahren in der Veranlagungscommission für die Einkommensteuer, und sage Ihnen, Sie bekommen durch einen Aufschlag von 2 pCt. noch keine 200,000 Thaler. Die Armen werden in Betreff der Miethsteuer mit außerordentlicher Liberalität behandelt. (Große Unruhe.) Ja wohl, meine Herren! Es giebt Leute, welche gar keine Miethsteuer zahlen und am meisten dagegen räkonniren. Wir haben Vieles ausgegeben, das vielleicht hätte unterbleiben können, aber wir haben auch viel für die Armen gethan. Ich habe früher oft für Sparfamkeit gesprochen, ich bin deshalb manchmal verhöhnt worden, aber wir dürfen auch nicht vergessen, daß Berlin Haupt- und Residenzstadt ist und die Hauptstadt Deutschlands werden soll. — Dr. Neumann: Der Redner fährt aus, daß sich Einnahmen und Ausgaben allmählig würden ausgleichen lassen. Im Laufe von fünf Jahr seien 1,600,000 Thaler für Straßen-Durchbrüche ausgegeben worden. Damit sei aber auch für einige Jahre vorgesorgt, für das nächste Jahr seien nur 100,000 Thlr. dafür auf den Etat gestellt. Die Miethsteuer könne nicht mehr erhöht werden, sie betrage schon 100 Sgr. für den Kopf. — Herr Seidel empfiehlt Einkommensteuer bis herab zu 600 Thlr. Es giebt eine Menge junger Leute mit guten Gehältern, die gar keine Steuer zahlen. Man sagt immer, die Veranlagung sei schwierig. Man kann ja die Stadt in Bezirke theilen und immer einen Mann ein paar Häuser vornehmen lassen.

Der Magistrats-Commissar, Synbius Duncker, fährt Zahlen über die Wirksamkeit der Miethsteuer in verschiedenen Zeiten an und kommt zu dem Schluß, daß eine Erhöhung derselben die Steuerkräfte der Bevölkerung nicht übersteige. Eine Veranlagung der Einkommensteuer sei sehr schwierig. — Dr. Oneist: Wir haben ein Deficit, und es ist natürlich, daß wir eins haben. Die Familie braucht heute 25—40 Procent mehr als vor zwanzig Jahren. Die Commune ebenso. Die Bedürfnisse sind gestiegen. Der kleine Steuerzahler hat nicht über die Commune zu klagen. Der Mann, der 50 Thlr. Miete zahlt, giebt 3 Thlr. Miethsteuer. Dafür leisten wir ihm die Armenpflege und die Schule für seine Kinder, zehnmal, zwanzigmal mehr, als er uns. Wir dürfen und sollen dem kleinen Mann nicht schmeicheln. (Sehr gut!) Es ist seine Ehre, seinen Beitrag zu den städtischen Kosten zu tragen. Ich kenne die Communal-Einkommensteuer. Sie ist das Institut bodenloster Willkür. Man wird geschädigt nicht nach seinem Einkommen, sondern nach der Willkür der Abschätzer. 130,000 kleine Hausstände abzuschätzen, das ist die bodenloseste Willkür, welche sich der Fortschritt auf den Hals ladet. Und Sie machen Alles schlimmer. Neue Zehntel werden nach der ersten Abschätzung während sein. Die Dividenden zieht kein Großinquisitor hervor. Gepakt wird nur der, der sich declariren muß. Sie fügen zu der Gewerbesteuer noch eine indirecte Gewerbesteuer, und die Gassteuer (durch Einziehung der Ueberflüsse) ist auch noch eine Gewerbesteuer. Die Einkommensteuer ist theoretisch wunderbar, aber in der Praxis steht man überall an. So bleiben noch die obersten Zehntausend. Wollen Sie diese mehr besteuern? Die Regierung wird dazu schwerlich ihre Genehmigung ertheilen; denn auf diese Weise könnte die Majorität immer weiter gehen. Ich möchte nicht, wie man solche Steuerfreirungen mit dem Art. 101 der Verfassung in Uebereinstimmung bringen soll. Der Redner empfiehlt den Magistratsantrag.

Der Antrag auf Schluß wurde bei gleicher Stimmenzahl (43 gegen 43) vom Vorsitzenden abgelehnt und die Fortsetzung der Debatte nach fast fünfständiger Beratung um 10 Uhr Abends vertagt.

[Die Seminare und der Cultusminister.] Abg. Hartort hatte folgende Nachfrage über die seit 1854 angestellten Seminar-Directoren und Lehrer gemäht: 1) Welche Examina haben sie gemacht? 2) Alter bei der Anstellung. 3) Wie lange unterrichteten sie vorher in einer öffentlichen Anstalt? 4) Welchen Fächern standen oder stehen sie im Seminar vor? 5) Sind seitdem von diesen Herren herausgegeben worden? 6) Wie viele Theologen sind als Directoren (als Durchgangsstelle) ernannt worden? — In Bezug auf diese durch das Präsidium des Abgeordnetenhauses an den Cultus-Minister beförderten Fragen erwidert der Letztere in einem Schreiben an den Präsidenten v. Jordan bed. unterm 18. d. Folgendes: „Ew. Hochwohlgebornen erwidere ich auf diese Anfragen zur gefälligen Mittheilung an den Abgeordneten Herrn Hartort ergeben, daß ich zu deren Beantwortung außer Stande bin. Das betreffende Material beruht überhaupt nicht in den Acten des Ministeriums, auch nur zum Theil bei dem künftigen Provinzial-Schul-Collegium; um dasselbe zu erlangen, müßte bei sämtlichen Schullehrer-Seminarien der Monarchie Umfrage gehalten werden. Ich kann es nicht für zulässig halten, die Provinzialbehörden mit einer solchen Arbeit zu belästigen, für deren Bedeutung an und für sich, namentlich aber in Bezug auf die Veranlagung des Etats meines Ministeriums, mir jeder Anhalt und jede Auskunft fehlt.“

Hannover, 23. Jan. [Die Hannoveraner in der Schweiz.] Der frühere Brem.-Rent. im hannoverschen Garde-Jäger-Bat. A. v. Tschirch, giebt in einem Schreiben aus Zürich an die „D. A. Z.“, daß in letzter Zeit an verschiedenen Orten der Schweiz zwischen den flüchtigen Han-

nobilität und den Einwohnern Reibereien und Streitigkeiten vorgekommen sind, hält aber dafür, daß in den meisten Fällen die Einwohner die Schuld tragen. Nach dem eigenen Geständnis von v. Tschirch ist übrigens den Hannoverschen der Aufenthalt in der Schweiz schon gründlich verleidet. „Jeder wird den Tag segnen, an welchem wir der freien Schweiz den Rücken kehren.“ (Das glauben wir, daß es dieser Sorte von Flüchtlingen in der Schweiz nicht gefällt. D. Red. der Bresl. Z.)

Stuttgart, 21. Jan. [Die ungelöste Präsenzfrage. — Eine Sturmscene.] Bei der Beratung des Wehrgesetzes werden Art. 5—7 ohne besondere Debatte angenommen. Art. 8 erhält in Folge der mitgetheilten Erklärung der Staatsregierung durch die Commission nachstehende Fassung: „Im Frieden sind die Mannschaften des activen Heeres so lange und in soweit präsent, als ihre Ausbildung und das Bedürfnis des Dienstes fordert, jedoch, mit Ausnahme der Reiter, nicht über zwei Jahre. Sie unterstehen während der Präsenz der militärischen Gerichtsbarkeit.“ Herr v. König beantragte, zu sagen: „Mit Ausnahme der Unteroffiziere und der Reiter.“ Walthers stellt den Antrag, zu beschließen: „Die Präsenz darf bei allen Waffengattungen die Dauer von zwei Jahren nicht übersteigen, den Fall freiwilliger Präsenz ausgenommen.“ Wohl beantragt, für die Ausbildung der Infanterie eine Präsenzzeit von 8 Monaten, für die Reiterei 1½ Jahre, für die übrigen Waffengattungen 1 Jahr anzunehmen. Cavallo will die Präsenzzeit bei der Infanterie auf 1 Jahr 8 Monate beschränken, Scholl will sie bei der Infanterie auf 1 Jahr, bei den Special-Waffen auf 2 Jahre festgesetzt wissen. Römer spricht sich für eine zwei-jährige Präsenz aus und behauptet, daß die Minorität, welche eine weitere Herabsetzung derselben verlange, den Sieg der Feinde Deutschlands wisse, wie aus der General-Debatte entnommen werden könne. Diese Aeußerung ruft einen großen Sturm hervor, was den Redner veranlaßt, eine Aeußerung Esterlens nach dem stenographischen Bericht zu verlesen, dahin gehend: es werde Württemberg zu viel zugemuthet, sich, wenn es zu einem Kriege zwischen Preußen und Frankreich komme, zu rüsten und Millionen auszugeben, um dann um so gewisser Preußisch zu werden. Esterlens und Herr v. Gillingen legen gegen eine solche Auslegung Verwahrung ein und verlangen den Ordnungsruf, den jedoch der Präsident verweigert, weil Römer nur eine Ansicht ausgesprochen habe. Endlich wird die Sache dadurch beigelegt, daß Römer erklärt, es sei nicht der Sinn seiner Worte, daß die Minorität den Sieg der Feinde Deutschlands wolle, sondern nur, daß derselbe eine Folge ihrer Anträge sein würde, wenn sie durchgingen, welcher Ansicht Esterlens entgegenhält, daß eine Folge dessen, was der Abg. Römer wolle, sehr möglicher Weise die gewaltsame Einverleibung Würtbergs in Preußen sein könnte. Vor der Abstimmung zieht Walthers seinen Antrag zurück, worauf der Antrag des Herrn v. König mit 69 gegen 17, der Commissionsantrag mit 45 gegen 40, der Antrag Cavallos mit 55 gegen 31, der Antrag Scholls gleichfalls mit 55 gegen 31, der Antrag Wohls mit 74 gegen 11 Stimmen abgelehnt wird. Schließlich bringt der Präsident den ersten Satz des Regierungsentwurfs zur Abstimmung, der mit 49 gegen 36 Stimmen ebenfalls fällt. Herr v. Dv. Damit scheint mir das ganze Gesetz abgelehnt zu sein. Herr v. König: Reineswegs; dieser Artikel kann in dem Gesetze wohl entbehrt werden. — Der zweite Satz des Artikels 8: „Sie unterstehen während der Präsenz der militärischen Gerichtsbarkeit“, wird angenommen, nachdem nur Hops gegen denselben gesprochen.

Österreich.

Wien, 23. Januar. [Verurtheilung des Feldmarschall-Lieutenants Baron Koudella.] Die Untersuchungsphase gegen den FML. Baron Koudella ist beendet, und soll das Urtheil gegen ihn von dem Garnisons-Auditorate gesprochen worden sein. Dasselbe soll, wie die „Morgen-Post“ mittheilt, wegen Betruges und Veruntreuung auf fünf Jahre schweren Ketters, Cassation als Offizier, Verlust des Adels, der Orden und der Ehrenrechte lauten. Baron Koudella erschien vor dem Garnisons-Auditorate in gebrochener Haltung. Nach der Publication des Urtheils meldete er sofort die Berufung an.

Prag, 22. Jan. [Verhaftungen.] Als Räubersführer bei den Demonstrationen wurden fünf geistliche Studenten eruiert und gestern dem Landesgerichte übergeben. Unter den gestrigen Verhafteten sind ebenfalls vier Studenten, welche morgen dem Landesgerichte übergeben werden. Gegen dreihundert Arbeiter hatten sich gestern Abends in Garolmenthal angelagert und versuchten, das geschlossene Stadthor gewaltsam zu eröffnen, verloren sich jedoch, als sie vom Militär zurückgedrängt wurden. Alles deutet darauf hin, daß ein vollkommenes Einverständnis unter den Tumultuanten herrsche. — Zwischen Justizminister Herbst und dem Statthalter hat heute eine Konferenz von zweistündiger Dauer stattgefunden. Gerüchweise verlautet, Klaubitz beabsichtige, seinen Posten als Bürgermeister niederzulegen, weil sich seine Machtlosigkeit gegenüber den Excessen herausgestellt habe.

B* Von der polnischen Grenze, 22. Januar. [Klagen der russischen Journale. — Ein neuer Streich Chlebnikoffs.] Wir begegnen gegenwärtig in den russischen Journalen wieder häufig der Klage, daß man im Auslande — „zumal in Frankreich und Galizien“ — die polnische Propaganda gegen Rußland mehr denn je unterstütze, ja das Königreich Polen mit zahlreichen revolutionären Agenten überschwemme, welche es auf die Vorbereitung einer neuen Schilderhebung absehen. Wir vermögen nicht zu ermessen, in wiefern die Klagen der russischen Blätter bezüglich der Einmischung Frankreichs und Galiziens begründet ist, aber so viel ist gewiß, daß der revolutionäre Geist in Polen nicht vom Auslande importirt, sondern eine directe Wirkung des unerbötlichen Druckes ist, der seitens der russischen Regierung auf Polen lastet; die Klagen der russischen Journale — die unabhängigen wenigstens — doch einsehen und begreifen, bevor sie Klagen wie die erwähnten, an das Ausland richten. Weiß man denn in Petersburg und Moskau nicht, was in Polen regiert wird? — Hat man dort nie etwas von den Thaten der Warschauer Polizei und der Willkürherrschaft der Gouverneure gehört? — Weiß ich gerade von letztern spreche, so muß ich Ihnen wieder einen neuen Streich des Gouverneurs, General-Lieutenant Chlebnikoff in Kiew, mittheilen. Vor einigen Tagen erhielt nämlich derselbe die geheime Weisung von dem Obergouverneur in Warschau, alle durch das Gouvernement Kiewe reisenden Fremden, so wie die durch die Post einlaufenden Correspondenzen genau überwachen zu lassen, weil wieder revolutionäre Emigranten in Polen sich einzufinden und aufrührerische Schriften selbst durch die Post unter unversänglichen Adressen zu verbreiten versuchen. In Folge jener Weisung schickte Chlebnikoff in jedes Hotel und Einfuhrwirthshaus in Kiew zwei geheime Polizei-Agenten, welche die Wirthe und Fremden überwachen und von jenen gratis bequartiert und beköstigt werden mußten. Da aber trotz dieses polizeilichen Apparats weder ein Emigrant gefangen, noch eine aufrührerische Schrift faßt worden, so begab Chlebnikoff sich persönlich in Begleitung seines Adjutanten nach dem Postamt, und befahl dem Postmeister, alle Briefe und Pakete der während der Anwesenheit des Gouverneurs eben eingelangten österreichisch-preussischen Post zu eröffnen! — Diesem unerhörten Befehl ward selbst die geheime Briefe, was von 8½ Uhr Abends bis 2 Uhr Morgens gedauert hat. — Verächtliches ward nichts gefunden, und die geheime Briefe wurden ohne weitere Umstände mit dem Poststempel versehen.

Italien.

Florenz, 20. Januar. [Zur römischen Frage.] Die französische Broschüre „La papauté et l'Italie“ wurde hier, so schreibt man der „N. Z.“ mit einigem Glanz angekündigt, hat aber den geübten Erwartungen nicht entsprochen, da sie nur ein Argument für die Einberufung der Conferenzen brachte und eine Lösung der römischen Frage in Aussicht stellt, welche nicht acceptirt werden kann. Man versichert, daß die September-Conferenzen nahe daran ist, wieder erneuert zu werden; es scheint, als solle man hier nur abwarten, daß das Parlament das Budget für 1868 votirt habe, um die finanziellen Debatten nicht durch politische Zwischenfälle zu stören.

[Personalien.] Die Angabe, Guaiterio sei zum Minister des königlichen Hauses ernannt, wird jetzt als verfrüht bezeichnet; es war ihm nämlich die Präsctur von Neapel angetragen worden, welche er aber ausschlug, worauf ihm die obige Ministerstelle angeboten wurde, was zugleich als Beweis gelten soll, daß der König gänzlich mit Mazzini gebrochen hat. Es ist jedoch darüber noch kein definitiver Entschluß gefaßt und Guaiterio hat sich für einige Tage auf sein Landgut bei Cortona begeben; er wollte zuerst nach Rom gehen, um eine dort lebende Tochter, welche krank darniederliegt, zu besuchen; da sich aber ihr Zustand inzwischen gebessert hat, so unterließ auch diese römische Reise, welche schon zu dem Gerüchte, Guaiterio habe eine Mission beim Papste erhalten, Anlaß gegeben hatte. — Majfari, welcher wirklich Austräge der Regierung in Rom zu erfüllen gehabt haben soll, ist seit mehreren Tagen zurückgekehrt; er soll dort für seine Vorschläge sein längstes Terrain gefunden haben. — General Caldini hat die ihm seit längerer Zeit zugesagte Gesundheitsstelle in Wien aus Gesundheitsrücksichten ausgeschlagen; es scheint, daß er auch nicht im Senate erscheinen wird und daß daher die früher von ihm angekündigte Rede über seinen Antheil an der Ministerkrise im October unterbleiben werde.

Rom, 17. Januar. [Der Papst] wird, wie man dem „Monde“ von hier schreibt, im nächsten März ein Consistorium halten und zahlreiche Cardinale promoviren. Die zur Promotion jetzt schon bestimmt Designirten sind Msgr. Lucian Bonaparte, Msgr. Barili, Erzbischof von Abyana i. p. und Nuncios in Madrid, Msgr. Ferreri, Erzbischof von Sidon i. p., Nuncios zu Lissabon; Msgr. Ignazio Moreno, Erzbischof von Valladolid; Msgr. Ledochowski, Erzbischof von Gnesen und Posen; Msgr. Gonella, Erzbischof von Viterbo und Tossanella und vermalts Nuncios zu Brüssel; Msgr. Capalti, Secretär der Propaganda, Msgr. Monaco la Baletta, Messor des Sant-Ufficio; Msgr. Borromeo, Majordomus Sr. Heiligkeit. Der Papst hat vor einigen Tagen zum ersten Male den Cardinal d'Andrea empfangen, welcher bei diesem Besuche von den Cardinälen Patrizzi und Antonelli begleitet war. Die verschiedenen Consulen zur Vorbereitung des Concils sind in lebhaftester Thätigkeit. Verschiedene auswärtige Consultatoren sind schon nach Rom berufen und mehrere andere sollen noch berufen werden. Der Papst beabsichtigt, zu einer so wichtigen Angelegenheit die berühmtesten Theologen und Canonisten aus allen Ländern der katholischen Christenheit in Rom zu versammeln.

Frankreich.

*** Paris, 21. Jan.** [Ueber die Beziehungen zwischen Frankreich und dem norddeutschen Bunde] bringt das „Siecle“ einen längeren Artikel des Herrn J. Wilbort, aus dem wir die Hauptpunkte ausheben.

Herr Wilbort geht besonders auf die Erörterung der Frage ein, warum Frankreich noch nicht seinen Vertreter am preussischen Hofe als Vertreter beim norddeutschen Bunde accreditirt hat, und glaubt, daß der Grund dazu eher in der Zukunft, als in der Vergangenheit zu suchen sein dürfte. „Die jüngsten Debatten des gesetzgebenden Körpers“, sagt er, „haben keineswegs die Frage gelöst, welche wie ein furchtgebietendes Räthsel auf dem Frieden Europa's lastet, und welche die öffentliche Meinung in Frankreich, in Deutschland und überall in folgenden Worten formulirt: Wenn die Mainlinie aufgehoben wäre, würde diese Umwandlung, selbst wenn sie durch den Willen der Bevölkerungen vor sich ginge, als ein Ereignis betrachtet werden, welches der Würde und den Interessen Frankreichs zu nahe träte? Das ist das Geheimniß, welches zu jetziger Stunde die Beziehungen der beiden Völker, die der Rhein trennt, tief beunruhigt, welches überall die Besorgnisse unterhält und eine ernsthafte Wiederaufnahme der Gespräche unmöglich macht. Und dennoch bestimmen die Regierungen von Berlin und von Paris sich gegenseitig mit Höflichkeit und Freundschaft. Preußen ist bis an die Zähne bewaffnet, Frankreich stellt 1,200,000 Mann unter die Waffen, und die Kisten geben sich gegenseitig die Zeichen der zärtlichsten Freundschaft. Graf v. Bismarck lächelt mehr wie jemals Frankreich freundlich zu. Die offiziellen Blätter von Berlin geben so weit, zu finden, daß Frankreich sehr wohl darauf thäte, seine Bewachung auf die Höhe der schönsten Fortschritte der Civilisation zu bringen. Man läßt uns auch durchblicken, daß Preußen das russische Bündniß zurückgewiesen hat, und daß es im Gegentheil bereit ist, in der orientalischen Frage mit Frankreich, England und Oesterreich gemeinschaftlich zu handeln. Was uns in dieser Politik, die sich den Schein giebt, so lebenswürdig gegen das Zullerion-Cabinet zu sein, am klarsten scheint, ist, daß Graf v. Bismarck, der trakt der vollendeten Thatfachen und der abgeschlossenen Verträge Herr Deutschlands ist, entschlossen ist, sich in eine defensive Position einzuschließen, um möglichst einen jeden Vorwand zu einer Herausforderung Frankreichs zu beseitigen. Der Krieg würde sein ganzes Reich in große Gefahr setzen. Das ist der Grund, warum Preußen sich alle Mühe giebt, einen Conflict zu vermeiden und uns die Hand reichen zu wollen scheint. Wir sagen nicht, daß man blindlings und in vorgerathener Meinung diese Hand zurückweisen sollte, und noch weniger, daß man auf diese Friedensworte durch ein Kriegsgeschrei antworten sollte. Aber wir sagen, daß Frankreich denen, welche nach der Ehre seiner Allianz streben, nur nach guter Kenntniß der Dinge (à bon entent) Obzr leiben darf. Was uns betrifft, die wir für das deutsche Volk nur brüderliche Gefühle hegen und die wir dieser großen Nation von jeher das Recht zugesprochen haben, ihre politische und demokratische Einheit zu constituiren, lag schon in einer Allianz der deutschen, italienischen und französischen Völker eine der Bestrebungen der Zukunft. Aber ist es möglich, daß diese Allianz das Werk einer machiavellistischen Diplomatie, persönlicher oder despotischer Regierungen sei, welche sich auf das Recht der Eroberung berufen, den Friedensfuß austauschen, während zwei Millionen Menschen ihnen auf den Fersen stehen und bereit sind, auf ein Zeichen des einen von ihnen sich gegenseitig zu erwürgen? Es ist der Augenblick da, offenes Spiel zu spielen und die Karten auf den Tisch zu legen. Möge man in Berlin die Entwaffnung in Vorschlag bringen, man wird sehen, was Paris thun wird.“

[Ueber die Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland] schreibt die „Frang. Corr.“ Folgendes:

Dem Vernehmen nach sind hier im auswärtigen Ministerium neuerdings Berichte aus Petersburg eingegangen, nach welchen das russische Cabinet sich wieder geneigter zeigt, auf dem Boden des Pariser Vertrages zu bleiben, und mit den Mächten wieder über gewisse orientalische Besonderepunkte in Verhandlung zu treten. Es bestätigt sich, daß vom Berliner Hofe aus in Petersburg Anstrengungen zu Gunsten der Erhaltung des Friedens gemacht worden sind, deren Ergebnisse man hier als „höchst werthvolle“ bezeichnet. Die Krisis ist somit vorerst beschwunden; auch ist von dem Abtritt des Fürsten Gortschakoff nicht mehr die Rede und Baron Rudberg wird schon in den nächsten Tagen wieder auf seinem hiesigen Posten erwartet.

[Folgender polnischer Protest] wird von den hiesigen Blättern veröffentlicht:

Paris, 16. Jan. Die russische Regierung hat in ihren eifrigen Verfolgungen gegen die polnische Nationalität ein Decret erlassen, welches allen Grundbesitzern Polyniens, der Ukraine und Litthauens befiehlt, ihre Güter bis zum 10. December 1867 zu verkaufen. Andererseits hat diese Regierung, welche gegen alle Principien des Rechtes und der Gerechtigkeit handelt, jedem Individuum polnischen Ursprungs verboten, diese Güter anzukaufen, so daß man, um Eigenthümer eines polnischen Grundbesitzes und Bodens zu werden, Ruße oder Ausländer sein muß. Da der Verkauf dieser Güter auf gutlichem Wege vollständig gescheitert ist, so hat die russische Regierung die Absicht, die öffentliche Versteigerung derselben im weitesten Maßstabe zu organisiren, und fordert die fremden Capitalisten auf, sich als Erwerber derselben einzustellen. Im Augenblicke, wo obiges Project in Ausführung gebracht werden soll, glauben wir, die Mitglieder des polnischen Comités, von unseren Landsleuten erwählt, um im Auslande die Interessen unseres Vaterlandes zu vertreten, den Interessirten in Erinnerung bringen zu müssen, daß die polnische National-Regierung, in Voraussicht dieser Eventualität, im Monat April 1863 ein Decret veröffentlicht hat, welches Jedem, wer es auch sein mag, verbietet, diese von der russischen Regierung confiscirten und in Kauf gebrachten Güter zu erwerben. Dieses Gesetz hat nicht aufgehört, in Kraft zu sein; wir erinnern heute daran, indem wir diejenigen, welche die oben erwähnten Güter erwerben, benachrichtigen, daß ihre Ankäufe als null und nichtig betrachtet werden. J. Dombrowski. Stanislaus Jaruzinski. Valerien Wroblewski.

[Rundschreiben des Ministers des Innern.] Herr Pinard hat soeben folgendes Rundschreiben an sämtliche Präfecten gerichtet: „Die Regierung hat oft versichert, theils vor, theils während der Discussion über das Militärgesetz, daß sie den Frieden wünsche und alle ihre Anstrengungen dahin zielen würden, ihn aufrecht zu erhalten. Sie kann nicht zwei Sprachen haben, da sie nicht zwei Politiken hat. Es ist somit wesentlich, daß die Blätter, die uns vertheidigen, Alarmrufen seinen Glauben schenken und in keiner Weise gewisse Vororgane zu verbreiten suchen.“

Die durch das Militärgesetz herabgerufene Polemik hat einen gewissen leidenschaftlichen Ausschlag zur Folge haben können; sie soll sich aber mehr als je mit der Aufrechterhaltung jener friedlichen Stimmungen verfahren, die der Kaiser und seine Minister wiederholt betheuert haben. Ich erwarte Sie, mein Herr, sorgfältig darüber zu machen, daß die Blätter, die uns unterstützen, sich in ihrer Discussion nicht von den Erklärungen entfernen, welche von der Regierung abgegeben worden sind. Nichts beunruhigt mehr als der Widerspruch, nichts beruhigt und kräftigt so sehr wie die Einheit in Sprache und Leitung.“

[Das Programm des Finanzministers.] Der Finanzminister Magne hat E. Forcade seinen Dank ausgesprochen für die Auseinandersetzung der Finanzlage, welche der berühmte Publicist in seiner „Semaine Financière“ vom letzten Sonnabend veröffentlicht hat.

Forcade äußert in diesem Artikel, daß die Friedensausichten sich bedeutend gebessert haben, wobei er namentlich die Weise der friedlichen Absichten rühmt, die Preußen in der jüngsten Zeit wiederholt gegeben habe. Wenn einmal auch das Vertrauen in die Erhaltung des Friedens erstarkt sei, dann würden die finanziellen Verhältnisse in ganz Europa einen neuen Aufschwung nehmen; Frankreich müsse seine Finanzen regeln, und zur Dedung der verschiedenen Ausfälle und der zur Entschädigung der Gläubiger Mexicos's nöthigen Summen sei eine Anleihe von 400 Millionen nöthig. Derselbe würde so leicht gezeichnet sein, falls der Finanzaußweis des Herrn Magne so klar und freimüthig sein werde, als man selbst von ihm zu erwarten berechtigt sei.

Also kein Krieg und eine kleine Anleihe (eine halbe Milliarde ist gar nicht mehr der Rede werth für Frankreich), das ist das Programm des Finanzministers!

[Ein neues Schreiben des Herzogs v. Persigny.] Granier de Cassagnac hatte im „Pays“ den Brief des Herzogs v. Persigny viel zu liberal gefunden und sich über seine „Verblendung“ hinsichtlich der dem Kaiserreich drohenden Gefahren gewundert. Darauf antwortet Herr v. Persigny heute in einem an das „Pays“ gerichteten Schreiben:

„Beruhigen Sie sich. Ich kenne die Gefahren, auf welche Sie anspielen, und ich kenne ihre Ursachen. Ich habe gesagt, daß ich die Freiheit der Discussion, wiewohl unter der Herrschaft der Gesetze, nicht fürchte, und Sie nehmen an, daß ich an die Verhöhnung aller politischen und socialen Elemente, welche einander gegenüberstehen, glaube. Ich habe nur wiederholt, was ich unter Berufung auf dieselben Gründe im Jahre 1852 sagte, indem ich die Zeit Heinrich IV. mit der unfürigen verglich und behauptete, daß die Ideen der Revolution, welche gegenwärtig von allen Geistern angenommen sind, nicht mehr die Kraft hätten, die Bürger gegen einander zu waffen, wozu Sie mich lassen, daß die Parteien veröhnt wären, der daß erlösen und die Zeit gekommen wäre, das Kaiserreich der Durchführung aller möglichen Utopien zu überlassen. Dem Kaiser treu und ergeben, habe ich kein Bedenken getragen, ihm auf das liberale Gebiet zu folgen, auf welches er sich gestellt hat, und Sie machen mich für einen Entwurf verantwortlich, welcher nicht mein Werk ist, an dem ich in keiner Weise mitgewirkt habe, und der von Andern, als von mir, den Kammern vorgelegt worden ist. Ich will die Garantien der öffentlichen Ordnung, welche mir der Entwurf nicht hinlänglich zu sichern scheint, und Sie klagen mich an, der Opposition Abbitte zu leisten. Gestatten Sie mir, diese Unterstellung zurückzuweisen u. s. w.“

[In dem Proceß der Zeitungen], deren Zahl in Folge der Zurückziehung der Anklage gegen mehrere von ihnen auf sechs zusammengekommen ist, erregte gestern Jules Duval's kurzes Plaidoyer für die „Debats“ ungemeines Aufsehen.

Seine Herren, sagte der Advocat, ich bin sehr betrübt, vor Ihnen als Vertheidiger des „Journal des Debats“ auftreten zu müssen, das sich ja stets durch seine maßvolle Sprache und gerechte Würdigung aller Verhältnisse so sehr ausgezeichnet hat. Dieses Blatt erschien überhaupt nur zwei Mal vor Gericht. Heute ist es das zweite Mal. Das erste Mal erfolgte die Verurteilung im Jahre 1829 wegen eines Artikels, dessen Schlusssätze lauteten: „Unglücklicher König! Unglückliches Land!“

Duval setzte sich und überließ das Publikum dem Eindrucke dieses kurzen Citats. Die Fortsetzung der Plaidoyers wurde auf morgen (Mittwoch) angelegt. Unter anderen Advocaten ist auch noch Berryer, der Vertheidiger der „Union“, zu hören.

[Parlamentarisches.] Im Senate sind die 9 Marschälle, 2 Admirale, 27 Generale, 4 Vice-Admirale und 20 Bürgerliche als Redner für die Militärdébatte eingeschrieben. Die Erzbischöfe von Besancon und Bordeaux werden den Reden beginnen, der erstere mit einer Rede gegen und letzterer für das Project. — Die „France“ meldet mit einer gewissen Wichtigkeit den Erfolg von zwei Departementalwahlen: im Canton Rives des Sieres-Departements ist Hr. Kleber, der bei der vorigen Wahl durchgefallen war, mit 2586 Stimmen von 2600 in den Generalrath gewählt, und im Canton Carbonne, Departement Haute Garonne, hat Hr. de Sainte Marie in gleicher Eigenschaft über den Oppositions-Candidaten Hrn. de Rémusat gestimmt.

[Anklage.] Morgen wird beim Zuchtpolizeigerichte eine Anklage gegen die Bercire und ihre Mitternachtsräthe vom Credit-Mobilier wegen künstlicher Dividenden und Verschwendung des Gesellschaftsvermögens eingereicht werden. Im Ganzen sind 3700 Actien bei dieser Anklage vertreten, deren Besitzer unter sich 14,000 Franken aufgebracht haben, um gemeinschaftlich die Proceßkosten zu tragen. Marie wird die Interessen der Actionäre vertreten.

[Verschiedenes.] Der algerische „Moniteur“ wendet sich in dringender Weise an die Privatthätigkeit des ganzen Landes, da von den 3 Millionen Einwohnern der Colonie factisch drei Viertel in höchsten Elende sich befinden. — Vorgefunden, am Jahrestage des Todes Broudhon's, hatte die Polizei wieder große Vorsichtsmaßregeln ergreifen. Zum Glück für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe waren diese Maßregeln aber nicht offen genommen worden, d. h. man hatte keine Polizeigewalt auf den Kirchhof von Bassy befohlen, sondern sich damit begnügt, ungefähr 100 oder 50 Mann Polizeibedienten in einer Caserne in der Nähe in Bereitschaft zu halten und den Kirchhof von Polizei-Agenten in Civil überwachen zu lassen. In Folge dessen verlief die Sache auch ganz ruhig. Auf dem Kirchhofe fanden sich höchstens 150 Personen ein und legten auf das Grab Broudhon's ungefähr 24 Immortellenkränze nieder, sowie 3 kleine und mehrere große, mit schwarzen Bändern gezierte Blumensträuße. Neben dem Graben nicht gehalten, obgleich sich unter denen, welche hinkamen, mehrere Journalisten von Bedeutung befanden.

Großbritannien.

E. C. London, 21. Jan. [Aus Abyssinien] liegen nun brisante Nachrichten bis zum 3. Januar vor: sie dakten fast alle von Zulla oder von Ansley Bay, wohin sämtliche Correspondenten zurückgekehrt waren, da sie in Senafes von Meremehar, dem ihre Kritik über die Vorgänge bei der Auslösung, die theilweise auf seine Rechnung kamen, mißfiel, eben nicht am zuvorkommendsten behandelt wurden. So erzählten „Morning Post“ und „Morning Herald“:

Die sogenannte Recognoscierung war nichts als ein Witz, den Meremehar in Begleitung von kaum 100 Leuten von Senafes bis zu dem etwa 3 englische Meilen entfernten Ategerat gemacht hatte, um sich Kenntniß vom Lande zu verschaffen und dadurch das Vordringen zu erleichtern. Sie nahmen bei der Rückkehr eine andere Route als bei der Hinreise und fanden beide Wege sehr praktikabel, nur an zwei oder drei Stellen muß das Gericorps nachhelfen, um den Weg für Thiere und Gepäck gangbar zu machen. Wasser, Holz, Futter war überall zu finden. In Ategerat war jedermann, wo große Quantitäten von Schlachtvieh, Getreide, Honig u. s. w. feilgeboten wurden. Doch kann man sich beim Vordringen in das Innere nicht auf die Ressourcen des Landes verlassen, da die Ernte in Folge der Dürre und der Heuschreckensplage sehr mangelhaft ist.

Ueber den inneren Zustand des Landes trafen während der widersprechenden Nachrichten ein. So viel scheint jedoch bereits constatirt, daß Theodor von den Vändereichen wenig zu fürchten habe; da diese viel zu viel damit beschäftigt sind, ihre eigenen rebellischen Unterthanen in Zaum zu halten. Sein Ansehen aber ist noch lange nicht gebrochen, ja es herrscht eine gewisse abergläubige Furcht vor ihm im Lande, die er wohl benutzt, aber auch immer auf seiner Hut ist. Er schläft nie länger als eine halbe Stunde ununterbrochen, dann steht er auf und impicirt die Wachen seines Zelles, immer mit zwei geladenen Pistolen bewaffnet, eine für seinen Feind und eine für sich selbst, wenn ihm kein anderer Ausweg bleibt. In Magdala hat er

(Fortsetzung.)

Betrieb befindliche Schornsteinfeger Oberle'sche Dampf-Mählen- und Ziegel-fabrik ein Raub der Flammen.

S. Strehlen, 23. Jan. [Zur Tageschronik.] Für die Nothleidenden in Ostpreußen wird hier das Wohlthätigkeits-Gesamten gesammelt worden sind, haben die Bezirksvorsteher in der Stadt über 120 Thaler zusammengebracht. Den Hauptpunkt in diesen wohlthätigen Bestrebungen, so wie überhaupt in der hiesigen Winter-Saison bildet die von Mitgliedern der Bürger-Resource gestiftete theatrale Vorstellung. Das Haus war überfüllt. Stadt und Land hatten sich auf's zahlreichste betheiligt. An der Kasse sind über 72 Thaler eingenommen, welche mit geringen Abzügen nach Ostpreußen geschickt werden. — Ein Vorschussverein ist hier in der Bildung begriffen. Die Statuten sind bereits zur Genehmigung eingebracht und ansehnliche Zeichnungen schon erfolgt. — In letzter Zeit haben einige tolle Hunde Stadt und Kreis heimgesucht. Die polizeilichen Maßregeln sind angeordnet.

S. Militzsch, 23. Jan. [Communales.] In der Stadtverordneten-Sitzung vom 19. d. M. wurde Herr Kanzleirath Endrich zum Stadtverordneten-Vorsteher, Herr Dr. Frankel als Stellvertreter desselben, Herr Kreisgerichts-Schmidt als Schriftführer, alle Drei einstimmig wiedergewählt. Herr Apotheker Gabriel als Stellvertreter des Letzteren neu-gewählt. Bei der großen Umsicht und Gewissenhaftigkeit, mit der Herr Kanzleirath Endrich bemüht ist, sein schwieriges Amt zu leiten, ist es sehr zu bedauern, daß ihm von Seiten der anderen städtischen Körperschaft nicht diejenige Unterstützung zu Theil wird, welche zur Entwicklung eines geordneten Ganges, besonders aber im Interesse des Schulwesens, so dringend notwendig ist, zumal dasselbe bei uns ganz im Argen liegt. Um dem allgemeinen Bedürfnis einigermaßen abzuhelfen, werden wohl Private die Gründung einer gehobenen Bürgerschule in die Hand nehmen müssen. Es wäre daher sehr erwünscht, wenn geeignete Lehrkräfte sich zuwenden, um so mehr, als ihnen eine sichere Existenz in Aussicht gestellt werden kann. — Für Ostpreußen sind durch Hauscollekte 130 Thlr. eingenommen.

W. Dels, 23. Januar. [Wohlthätigkeits-Concert. — Wahlen.] Das vom hiesigen Männergesangsverein am vorigen Sonntag im Gasthofe zum „goldenen Adler“ veranstaltete Concert für die nothleidenden Bewohner Ostpreußens hat eine Einnahme von über 80 Thlr. gebracht. Nach Abzug der nothwendigen Kosten — Hr. Gastwirth Späthe hatte in gewohnter Humanität den Saal mit angrenzenden Localitäten, incl. Beleuchtung und Heizung, gratis bewilligt — sind vom Vorstande des Vereins direct an das Unterstützungs-Comité nach Gumbinnen 80 Thlr. gesendet worden. Bei dem unlängst stattgefundenen Stiftungsfeste desselben Vereins wurden zu demselben Zwecke von den Vereinsmitgliedern gesammelt und nach Gumbinnen abgeliefert 25 Thlr. — Das hiesige Gymnasium hat für gleichen Zweck gesammelt über 60 Thlr. und auch die Sammlungen der Herrn Bezirksvorsteher u. s. f. sind überaus ergiebig gewesen. — Hr. Rittergutsbesitzer v. Rosenburg-Lipinski auf Gutmühle, der seit 24 Jahren ununterbrochen die Stelle eines Landschafts-Directors bei hiesiger Dels-Militzsch-Fürstenthums-Landschaft bekleidet, dessen Wahlperiode abgelaufen, ist vor einiger Zeit in Anerkennung seiner hohen Verdienste einstimmig wieder gewählt worden. — In einer der letzten Sitzungen der Stadtverordneten erfolgte durch Hrn. Bürgermeister Wappes die Einführung der neu- resp. wiedergewählten Stadtverordneten. Hr. Leber-Fabrikant C. Philipp wurde zum Stadtverordneten-Vorsteher, Hr. Kaufmann Rimpler zum Stellvertreter, Hr. Kanzleirath Körner zum Schriftführer und Herr Kaufmann S. Müller zu dessen Stellvertreter mit großer Majorität wiedergewählt.

Kreuzburg, 23. Jan. [Zur Tageschronik.] Zum Besten der Nothleidenden in Ostpreußen wurde hierorts am 19. d. M. ein Vocal- und Instrumental-Concert im Hotel zur Post von den Mitgliedern des hiesigen Seminars unter Leitung des Musiklehrers Reichelt ausgeführt. Die Herren Deutnant v. Wolke, Kreisrichter Urban und die Lehrer der Stadt- und Seminar-Schule wirkten mit. Der Erfolg war in jeder Beziehung ein günstiger. — Nach dem letzten Jahresbericht haben die armen Schwelmer in Constat vom 1. Januar d. J. bis ult. December 144 Kranke gepflegt und zwar 44 evangelische, 40 katholische, 24 israelitische und 6 althaberische. Außerdem erhielt eine Schwester unentgeltlich Mädchen-Industrie-Unterricht, an dem im Laufe des Jahres 56 Theil genommen haben.

Eisenbahn-Zeitung.

[Berichtigung.] In den Bericht über die General-Versammlung der Actionäre der Dypeln-Tarnowitzer Eisenbahn vom 22. d. M., hat sich ein Irrthum eingeschlichen. Es heißt in dem Bericht in Nr. 37 der Bresl. Ztg.:

„Bürgermeister Müller aus Kreuzburg befürwortet das Weigert'sche Amendement und proponirt die Stadt Kreuzburg als Ausgangspunkt für die neue über Rosenberg und Lublitz nach Herby führende Bahnlinie. Hiergegen erklärt der Vorsitzende, daß der Verwaltungsrath sich ausdrücklich für den Ausgangspunkt Kolonowsta erklärt habe und sofern die künftige Staatsregierung sich dieser Ansicht nicht anschließen würde, daß der Verwaltungsrath sich jedoch veranlassen sieht, einer späteren General-Versammlung dem entsprechenden Anträge zur Beschlußfassung vorzulegen.“

Gerade das Gegentheil wurde von dem Herrn Vorsitzenden hervorgehoben, indem derselbe erklärte, daß der Verwaltungsrath Kolonowsta als den am meisten geeigneten Anschlußpunkt betrachte, und daß, sollte der Minister auf diesem Anschlußpunkte dennoch beharren, der Verwaltungsrath sich veranlassen sieht, einer neu einzuberufenden General-Versammlung diese Angelegenheit zur Entscheidung vorzulegen.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

Breslau, 23. Januar. [Stadtgerichts-Deputation.] Schlagen zwischen Militär und Civilpersonen gehören bekanntlich nicht zu den Seltenheiten. Ein sehr beklagenswerther Fall dieser Art, der Chronik des vergangenen Jahres angehört, fand heute seinen gerichtlichen und der Gerechtigkeit befriedigenden Abschluß. Ein Soldat Herrmann hatte am 10ten Juni v. J. im Gasthause zu Dürig mit der verehel. Schuhmacher Berger einige Male getankt und sich dabei zugleich mit deren Mann und den anderen Begleitern bekannt gemacht. Es wurde daher seine Offerte, sie bei ein- getrockneter Dunkelheit nach Hause zu begleiten und den ihnen nicht genau bekannten Weg zu zeigen, gern angenommen. Herrmann ging mit der verehel. Berger etwas voraus, scheint aber hierbei, wahrscheinlich überzeugt von seiner unüberwindlichen Lebenswürdigkeit, in etwas zudringlicher Weise die Grenzen der Decenz nicht innegehalten zu haben, denn es wurde ihm von der verehel. Berger bedeutet, seine Wege zu geben. In seiner Eitelkeit getränkt durch die Patron die Frau ins Gesicht, suchte aber sofort das Weite als ihr Gemann auf ihren Hilferuf herbeikam und schrie seinerseits um Hilfe. Da erschienen in ganz räthselhafter Weise drei bewaffnete Kameraden des Herrmann, welche bisher im Getriebe versteckt gewesen waren, und stützten mit gezogenem Säbel auf Berger und seine Begleiter los. Sie stießen den Berger in den Oberkörper derart, daß die Kniekehle mit der Muskulatur des Oberkörpers vereinigenen Bänder durch- schnitten wurden und hieb ihm beinahe den Daumen von der Hand los. Berger wurde nach Breslau geschafft und dort verpflegt, leider ohne Erfolg. Die Wunden waren bald in Eiterung übergegangen und der Brand hinzuge- treten, so daß der Tod herbeigeführt wurde. Als Theilnehmer an dem diese Katastrophe verursachenden Angriffe wurden der Bergmann August Hähnsch, der Schärer Josef Jassil und der Knecht Ernst Gimmeler ermittelt, gegen die aus § 195 des St.-G. vor dem Civilgerichte Anklage erhoben wurde, da sie aus dem Soldatenstande ausgeschieden waren. Die Angeklagten machten den sehr mündigen Einwand, daß sie zuerst angegriffen worden seien und sich nur zur Wehr gesetzt hätten, reisirten aber dem ausweisenden Zeugenbeweise gegenüber durchaus nicht. Der Gerichtshof erwoog die große Nothwendigkeit des verübten Angriffes und ging über das niedrigste Strafmaß von drei Monaten hinaus, indem er jeden der Angeklagten zu 10 Monaten Gefängnis verurtheilte.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

Breslau, 24. Januar. [Amtlicher Producten-Börsen-Bericht.] Kleesaat, rothe unverändert, ordinaire 11½—12½ Thlr., mittlere 13½—14 Thlr., feine 14½—15½ Thlr., schone 15—15½ Thlr., — weisse unverändert, ordinaire 14—15½ Thlr., mittlere 16—17½ Thlr., feine 18—19½ Thlr., Roggen (pr. 2000 Pfd.) steigend, get. 1000 Ctr., pr. Januar und Ja-

nuar-Februar 75½ Thlr. Gld., Februar-März 75½—76½ Thlr. bezahlt, März-April 76½ Thlr. Gld., 77 Thlr. Br., April-Mai 76½—77½ Thlr. bezahlt und Gld., 77½ Thlr. Br., Mai-Juni 77—77½ Thlr. bezahlt und Gld., Juni-Juli —. Weizen (pr. 2000 Pfd.) get. — Ctr., pr. Januar 98½ Thlr. Br. Gerste (pr. 2000 Pfd.) get. — Ctr., pr. Januar 56½ Thlr. Br. Hafer (pr. 2000 Pfd.) get. — Ctr., pr. Januar 57½ Thlr. Br., April-Mai 57 Thlr. Gld. Raps (pr. 2000 Pfd.) get. — Ctr., pr. Januar 89 Thlr. Br. Rübel (pr. 100 Pfd.) geschäftlos, get. — Ctr., loco 10 Thlr. Br., pr. Januar, Januar-Februar, Februar-März und März-April 9½ Thlr. Br., April-Mai 9½ Thlr. Br., Mai-Juni 10½ Thlr. Br., September-October 10½ Thlr. Br., 10½ Thlr. Gld. Spiritus niedriger, get. 20,000 Quart, loco 19½ Thlr. Br., 18½ Thlr. Gld., pr. Januar und Januar-Februar 19½—19½ Thlr. bezahlt, Februar-März —, März-April 19½—19½ Thlr. bezahlt, April-Mai 19½—19½ Thlr. bezahlt, Mai-Juni —, Juni-Juli 20½ Thlr. bezahlt, Juli-August 20½ Thlr. Zink fest.

Vorträge und Vereine.

Breslau, 24. Jan. [Bezirksverein der Odborstädte.] Die gestern Abend im Casper'schen Locale abgehaltene, und trotz des ungünstigen Wetters ziemlich zahlreich besuchte Versammlung wurde von Herrn Dr. Pinoff geleitet. Derselbe bringt vor Eintritt in die Tagesordnung das Schreiben eines Mitgliedes zur Kenntniß der Anwesenden, worin vom Verein eine Unterstützung für eine am Viehmarkt 10 wohnende, von allen Hilfs- mitteln entblößte Witwe erbeten wird. Der Verein lehnt als solcher die Gewährung ab, doch empfiehlt der Vorsitzende die Unglückliche dem Wohl- wollen der Einzelnen, und verspricht, sich persönlich von den Verhältnissen überzeugen und das Geeignete veranlassen zu wollen. — Es folgt Mittheilung des Jahresberichts, nach welchem im Ganzen 21 Vorstande- und 12 Plenar-Sitzungen stattfanden. In den letzteren wurden 12 Vorträge gehalten, 9 Petitionen beschlossen, von denen 3 den gewünschten Erfolg hatten, und 17 anderweitige Gegenstände, und zwar 3 politische, 5 sociale und 9 communale besprochen. — Im Anschluß an diesen Bericht kommt der Antrag des Vorstandes, auch im Winterhalbjahre allmonatlich nur eine Sitzung abzuhalten, und die Statuten dem entsprechend abzuändern, zur Discussion. Herr Buchhalter Melzer erklärt sich dagegen und wünscht, daß nur je nach Bedürfnis eine oder zwei Versammlungen abgehalten werden. Herr A. Mann wünscht die Motive des Vor- standes für seinen Antrag kennen zu lernen, und glaubt, nach- dem der Vorsitzende auf den zeitweise spärlichen Besuch hingewiesen, daß nach Annahme des gestellten Antrages und in Folge desselben sich dieser noch mehr verringern werde. Der Vorsitzende erklärt, der Vorstandssitzung, in welcher die Stellung des Antrages beschlossen wurde, nicht beigewohnt zu haben und wünscht gleichfalls die Ablehnung desselben. Herr Dr. Weiss er- innert an die zuerst bestandenen Bezirksversammlungen, welche nur nach Be- dürfnis berufen wurden und stets zahlreich besucht waren. Allmonatlich zwei Sitzungen abzuhalten, habe ihm schon bei der Statutenberatung zu viel geheißen, doch habe er es damals unterlassen, seine Ansicht geltend zu machen. Er würde es im Interesse der Mitglieder und des Vorstandes für angemessen halten, jeden Monat eine Sitzung abzuhalten. Bei eintretendem Bedürfnis habe der Vorstand es ja in der Macht, außerordentliche Versammlungen zu berufen. Herr A. Mann macht darauf aufmerksam, daß gegen- wärtig wiederum ein Gegenstand von besonderer Wichtigkeit vorliege, die Frage wegen der projectirten Kirchen- oder Begräbnißsteuer für die evangelischen Gemeinden der Stadt. Er wünscht, daß der Vorstand diese Angelegenheit dem Vereine recht bald zur Beratung unterbreite. — Hierauf wird der Antrag des Vorstandes mit großer Majorität abgelehnt, die Zahl von 2 Sitzungen für jeden Wintermonat also beibehalten. — Weiter erstattet der Kassirer, Herr Goldschmidt Geier, den Kassenbericht. Am An- fange des Rechnungsjahres betrug die Mitgliederzahl 86, es traten zu 52, dagegen schieden 36 aus und 4 Mitglieder wurden, da sie die statutenmäßigen Beiträge nicht zahlen, ausgeschlossen sein, was vom Kassirer beantragt wird. Die Ausschließung erfolgt. Die Einnahmen des Vereins betrugen 81 Thlr. 5 Sgr. 6 Pf., die Ausgaben 61 Thlr. 21 Sgr. 6 Pf., so daß ein Bestand von 19 Thlr. 14 Sgr. vorhanden ist, zu dem noch einige kleine Einnahmestücke treten. Dem Antrage des Kassirers, zur Prüfung der Bücher 3 Kassenrevisoren zu ernennen, wird entsprochen. Es werden gewählt die Herren Zimmermeister Lange, Schmiedemeister Suchantle und Buchhalter D. Melzer. Bei der nunmehr folgenden Vorstandswahl entspinnt sich zunächst eine längere Discussion über den Modus, nach welchem dieselbe vorzunehmen, da die Versammlung auf Vorschlag des Vorsitzenden von der durch die Statuten vorgeschriebenen, aber zeitraubenden Zettelwahl absehen, dabei aber doch einer anderen Forderung des Statuts gerecht werden will, wonach der Vor- stand durch je 2 Mitglieder aus jedem der 10, dem Vereine zugehörigen Stadtbezirke gebildet werden soll. Die Versammlung tritt schließlich dem Vorschlage des Herrn Dr. Weiss bei, den Vorstand in der Weise zu wäh- len, wie dies bei der ersten Constatuirung geschehen, denselben aber auch zu beauftragen, denjenigen Paragraphen des Statuts, welcher sich auf die Wahl des Vorstandes bezieht, in angemessener Weise zu fassen und dem Vereine in nächster Sitzung hierüber eine Vorlage zu machen. Die Wahl fällt auf die Herren Höbenberger, Lehmann, Dr. Weiss, Dr. Pinoff, Radack, Suchantle, Eilenfuß, Kraz, Dr. Hennes, Dr. Grosser, Hoff- mann, Andrekt, Gänzel, Dr. Thiel, Anders, Brachmann, Helbig und Köster. Da hierbei der seitherige Kassirer, Hr. Geier, in Folge des von der Versammlung acceptirten Wahlmodus nicht wiedergewählt ist, wird derselbe im Hinblick auf seine großen Verdienste um den Verein und auf Vorschlag des Vorsitzenden ebenfalls, und zwar einstimmig, zum Vor- standsmitgliede ernannt. Hr. Dr. Grosser, der nicht anwesend ist, hat schriftlich erklärt, eine etwaige Wiederwahl nicht annehmen zu können. Die Versammlung beauftragt den Vorsitzenden, Nichts zu unterlassen, um den Verein vor dem Verluste eines so verdienstvollen und befähigten Vorstandsmitgliedes zu bewahren. Hr. Dr. Pinoff dankt in seinem und der übrigen Gewählten Namen für das bewiesene Vertrauen und er- klärt, daß sich der Vorstand demnach constituiren werde. Auf Aufforderung des Hrn. Dr. Weiss spricht die Versammlung Hrn. Dr. Pinoff durch Er- heben von den Plätzen ihren Dank für die umsichtige, energische und tath- volle Leitung aus, der zunächst die erreichten Resultate zu danken seien. Hr. Dr. Pinoff lehnt einen Theil der Verdienste zu Gunsten seines Stellver- treters, Hrn. Dr. Grosser, ab, dem die Versammlung gleichfalls durch Auf- stehen den Dank für seine bisherige Thätigkeit auspricht.

Briefkasten der Redaction.

Dem Herren — = Correspondenten aus Kreuzburg: Da wir die Breslauer Adresse nicht mitgetheilt haben, müssen wir billiger Weise in Bezug auf die aus dortiger Gegend abgesandte Adresse ein gleiches Verfahren einhalten.

Die Herren Correspondenten in der Provinz machen wir wieder- holt darauf aufmerksam: daß sie sich bei den Referaten der gedräng- testen Kürze befleißigen mögen, ausgedehntere Artikel werden entweder ganz bei Seite gelegt oder erst dann aufgenommen, wenn es der Raum gestattet. Ausführlichere Vereins-Nachrichten werden aber ohne Weiteres beseitigt.

Telegraphische Depeschen

aus dem Wolff'schen Telegraphen-Bureau.

Berlin, 24. Jan. Abgeordnetenhause. Berathung des Cultus- Etats. Titel 13—21 werden erledigt. Zu Titel 19 (Universitäten) entwickelt sich eine lebhaft debatte und werden zahlreiche Anträge gestellt. Glissen wünscht die erhöhte Dotirung der Universität Göttingen. Der Regierungs-Commissar verweist die mögliche Berücksichtigung. Schmidt fordert die Regierung zur Neubesezung des Lehrstuhles für slavische Sprachen in Breslau auf. Der Regierungs-Commissar erklärt, daß die Regierung hierauf bedacht, die bisherigen Versuche jedoch ver- geblich gewesen seien.

Der Antrag Virchow's auf bessere Dotirung der Berliner Univer- sitäts-Bibliothek wird genehmigt. Die Anträge der Commissarien des Hauses, wonach die Errichtung landwirthschaftlicher Lehrstühle in Kö- nigsberg, Breslau, Kiel, sowie die Kosten für die erforderlichen Neben- Institute bereits auf den nächsten Etat zu setzen seien, werden gleich- falls angenommen.

Zu 21 (Gymnasien, Realschulen) befürwortet Kossch die Anstellungs- fähigkeit der Juden als Lehrer und Richter, unter Anerkennung des ministeriellen Entschlusses betrefis der jüdischen Professoren in Königs- berg. Tschow unterstützt es. Der Regierungs-Commissar Lehnert er- klärt, er werde die ausgesprochenen Wünsche dem Cultusminister mit- theilen und für die definitive Regelung bemüht sein. Auf die Anfrage Paur's wegen eines zweiten katholischen Gymnasiums in Bres- lau, erklärt Lehnert, weder gesetzlich noch nach Verwaltungs- Grundsätzen habe die Regierung die Verpflichtung zur Einrichtung von Gymnasien. Die Regierung könne auch Gemeinden dazu anhalten. Einer so bedeutenden Commune wie Breslau könne die Regierung dies- bezüglich nicht mit Staatshilfe entgegenkommen.

Beide Anträge der Commissarien des Hauses (vollständige Erfül- lung des Normalstats für königl. Gymnasien für 1869 und Errich- tung eines katholischen Gymnasiums im Regierungs-Bezirk Bromberg) werden genehmigt, letzterer nach längerer Debatte über die sprachlichen und confessionellen Verhältnisse des Großherzogthums.

Berlin, 24. Jan. Der „Staatsanz.“ und die „N. Pr. Ztg.“ theilen eine kürzlich dem Ministerpräsidenten aus hiesigen Kreisen zuge- gangene Eingabe, betreffend die Bildung eines allgemeinen Wohlthätig- keitsvereins, mit. Derselbe bezieht die Herstellung einer fest organisir- ten, über das ganze Land ausgedehnten Vereinigung, patriotischer Män- ner zur Linderung und Beseitigung von Nothständen, namentlich zur freiwilligen Krankenpflege bei Soldaten im Kriege und zur Vorberei- tung hierfür im Frieden.

München, 24. Jan. Abgeordnetenkammer. Der Handelsminister erklärte gedruckte Wahlsittel bei dem Zollparlamentarischen Wahl- zettel. Die Kammer wiederholt bei der Berathung des Gewerbegesetzes den ersten Beschluß, daß der Handel mit Preßzeugnissen nicht concessions- pflichtig sei, und nimmt mit großer Majorität den zweiten Artikel des Wehrgesetzes in der Fassung der Reichsrathskammer an.

Florenz, 24. Jan. Der König ist nach Turin gereist. **Paris, 24. Jan.** Der Senatsbericht empfiehlt die Annahme des Armeegesetzes. Das Gesetz sei ein Werk der nationalen Sicherheit und Eintracht und ermögliche dem gerüsteten Volke die ruhige Ausführung der Friedensarbeiten.

London, 24. Jan. Derby ist bettlägerig an einem bedeutenden Gichtanfall.

Washington, 11. Jan. Massenmeetings agitiren für das Ein- schreiten des Congresses gegen die Gewaltthatigkeiten englischer Behör- den gegen die Amerikaner.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(Wolff's Telegr. Bureau.)

Berliner Börse vom 24. Januar, Nachm. 2 Uhr. [Schluß-Course.] Bergisch-Märkische 136. Breslau-Freiburger 118. Reiffe-Brieger 91 B. Rofel-Oberberg 76%. Galizier 83%. Köln-Minden 136%. Lombarden 91%. Mainz-Ludwigshafen 127%. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 95%. Oberschle- Lin. A. 184%. Dester. Staatsbahn 137%. Dypeln-Tarnow 73%. Rechte- Ober-Elber-Stamm-Aktien 73%. Rechte-Ober-Elber-Stamm-Prioritäten 87%. Rheinische 115%. Warschau-Wien 58%. Darmst. Credit 83. Minerva 33%. Dester. Credit-Aktien 78%. Schles. Bank-Verein 111%. 5proc. Preuss. Anleihe 103%. 4½proc. Preuss. Anleihe 96. 3½proc. Staats- schuldscheine 88%. Dester. National-Anl. 55%. Silber-Anl. 61%. 1860er Loose 71. 1864er Loose 44. Italien. Anleihe 43%. Amerik. Anleihe 76%. Russ. 1866er Anleihe 101%. Russ. Banknoten 84%. Dester. Bank- noten 85. Hamburg 2 Monate —. London 3 Monate —. Wien 2 Monate 84%. Warschau 8 Tage —. Paris 2 Mon. —. Russ.-Poln. Schatz-Obligationen 63%. Poln. Pfandbriefe 57%. Baier. Pfandbriefe 99%. 4½proc. Oberschle. Prior. F. 93% B. Schleische Rentenbriefe 90%. Böhmer Credit-Anleihe 84%. Polnische Liquidations-Pfandbriefe 49%. — Inländisches matt, Fremdes sehr fest. Wäpzig.

Wien, 24. Januar. [Schluß-Course.] 5proc. Metalliques 56, 80. National-Anl. 65, 75. 1860er Loose 40, 20. 1864er Loose 78, 10. Credit- Aktien 185, 40. Nordbahn 170, 50. Galizier 198, 50. Böhm. Westbahn 147, 25. Staats-Eisenbahn-Aktien-Cert. 243, 90. Lombard. Eisenbahn 162, 50. London 120, 40. Paris 47, 85. Hamburg 89, 00. Kassenscheine 176, 75. Napoleonsd'or 9, 61. Sehr fest.

Berlin, 24. Jan. Koggen: aufgeregter. Jan.-Febr. 80%, Febr.-März 81, April-Mai 82, Mai-Juni 82. — Rübel: unverändert. Januar-Febr. 10%, April-Mai 10%. — Spiritus: sehr fest. Januar-Febr. 20%, Febr.- März 20%, April-Mai 20%, Mai-Juni 20%.

New-York, 23. Januar, Abends. Wechsel auf London 109%. Gold-agio 40%. Bonds 110%. Illinois 132%. Eriebahn 75%. Baumwolle 17%. Petroleum 24. Mais 1, 32. Bonds 1885er 109%. Bonds 1904er 103%.

Stettin, 24. Januar. [Telegr. Dep. des Bresl. Handels.] Weizen steigend, pro Frühjahr 102½. — Koggen steigend, pro Jan.-Febr. 79. Frühjahr 80. — Gerste pro Frühjahr 55 Gld. — Hafer pro Frühjahr 39 Br. — Rübel unverändert, pro Jan.-Febr. 10. April- Mai 10%. — Spiritus höher, pro Januar 20%. Jan.-Febr. 20%. Frühjahr 20%.

Inserate.

Die Noth in Ost-Preußen.

In Folge des vor wenigen Tagen von dem vaterländischen Frauen-Vereine erlassenen Aufrufes zur Abhilfe des Nothstandes in Ost-Preußen sind in er- freulicher Weise Geld-Beiträge bereits reichlich eingegangen, wie der Wohl- thätigkeitsinn der Schlesier es erwarten ließ. Die enorme Ausdehnung des Elendes aber erfordert es, jeden Weg zur Vermehrung der Unterstützungsmittel zu versuchen. Die Unterzeichneten haben deshalb beschlossen, eine Lotterie zu veranstalten, deren Ertrag den Hilfsbedürftigen zugewiesen werden soll. Zu diesem Ende wenden sie sich an die Bewohner der Provinz mit der Bitte, Gaben jeder geeigneten Art, seien sie auch noch so klein, zur Verloosung an sie abzugeben, und zwar so schnell als möglich, da hier schnelle Hilfe allein von Werth sein kann. Sobald die eingegangenen Gaben es gestatten, wird die Ausfertigung der Loose und die Bekanntmachung über ihren Ver- lauf erfolgen. [759]

Breslau, den 8. Januar 1868.

Indem wir für die bereits eingegangenen Gaben danken, bitten wir um weitere recht baldige Zusendungen und spätestens bis zum 29. d. Mts., um dann die Sammlung schließen, nach dem Gesamtwerthe der eingegan- genen Sachen die Zahl der auszufertigenden Loose bestimmen und mit dem Verlaufe der Letzteren vorgehen zu können. Es wird willkommen sein, wenn die Geber den uns zugesandten Sachen selbst eine angemessene Tage bei- fügen wollen.

Breslau, den 13. Januar 1868.

Breslau, den 13. Januar 1868. — Marie v. Schleinitz, Wilhelmine v. Zumpfling, geb. v. Stelker. — Marie v. Schleinitz, geb. v. Poppel. — Adelaide, Gräfin Burgkhardt, geb. Gräfin Hensel-Donnersmard. — Sophie v. Köbbede, geb. v. Schwartz.

Zu einer Sitzung des Comite's zur Abhilfe des Nothstandes in Ostpreußen werden die Herren Mitglieder auf

Sonnabend, den 25. Januar d. J., Abends 6 Uhr, in das alte Sessionszimmer im Rathhause hiermit ergeben eingeladen.

Breslau, den 24. Januar 1868.

Der stellvertretende Vorsitzende. gez. Brand.

Warnung.

Wie uns von einem der Einsammler der uns bewilligten Haus-Collekte für die Nothleidenden in Ostpreußen mitgetheilt wird, hat sich ein Unber-

Gottesdienst der freien evangelischen Kirche Deutschlands,
Sonntag Vormittag 10 Uhr im Saale Ring Nr. 24. [1650]

Technicum Mittweida

bei Chemnitz (Sachsen).

Maschinenbau. Civil-Ingenieurfach.

Höhere technische Lehranstalt in Verbindung mit Maschinenwerkstätten.

Vollständige Ausbildung

in Theorie und Praxis des gesammten Maschinen- und Ingenieurfaches.

Maschinenbau.

Civil-Ingenieurfach.

- Alter des Eintritts: 15 Jahre.
1) Vollständiger Curs: 3 Jahre, für Solche, die noch nicht praktisch gearbeitet haben; sonst 2 Jahre.
2) Einjähriger Curs, für Solche, die nur kurze Zeit auf ihr Studium verwenden können oder nicht die genügenden Mittel dazu besitzen.

Alter des Eintritts: 17 Jahre.
Vollständiger Curs: 4 Jahre, je nach den Vorkenntnissen.
Handelschule in Verbindung mit der Anstalt.
Vorbereitung zum Freiwilligen Dienst.

Anfang des Sommerurses den 15. April, des Vorurses, an dem alle neu Eintretenden Theil zu nehmen haben, am 15. März. Auf Verlangen Pension in der Anstalt. Die Direction: C. Weigel, Ingenieur.

Dampfschiffahrt nach Norwegen der vereinigten Dampfschiffs-Gesellschaft in Kopenhagen.

Die schnellsegelnden und für Passagiere bequem eingerichteten Schrauben-Dampfschiffe:

„L. N. Hvidt“ und „Arcturus“

werden mit Anfang der bevorstehenden Saison reguläre Fahrten für Passagiere und Güter zwischen

Stettin — Kopenhagen — Bergen — Drontheim

aufnehmen, folgende Plätze anlaufend: Christianssand, Kjeven, Farsund, Flekkefjord, Egersund, Stavanger, Høugesund, Alesund, Molde und Christianssand.

Abgang von Stettin und Drontheim jede 14 Tage. — Beginn der Fahrten wird näher bekannt gemacht. — Näheres bei

Herren Proschwitzky & Hofrichter in Stettin.

Kopenhagen, im Januar 1868.

C. P. A. Koch, adm. Director.

Für den täglich praktischen Gebrauch.

Echt englische

Gesundheits-Unterjacken,

Hemden und Unterhosen (auf bloßem Körper zu tragen), in Wolle, Merino, reiner Seide, Vigogne und Baumwolle, in allen Größen (selbst für enorm starke Figuren), Leibbinden, Strümpfe, Socken (in allen Fußgrößen), wie überhaupt sämtliche praktische Winter-Artikel, welche die Jahreszeit erfordert. [1055]

Oben angeführte Artikel sind in anerkannter reeller, guter Waare aus den besten englischen und deutschen Fabriken in größter Auswahl stets am Lager.

Meine Flanel-Hemden sind solid von rein wollenem Flanel gearbeitet, weit und 1 1/2 Berliner Ellen lang, seit Jahren anerkannt praktisch und waschecht.

Eduard Littauer,

Ring 27 (Becherseite),

zweites Haus von der Schneiderstraßen-Ecke.

Die neu eröffnete

Dampf-Färberei, Druderei und franz. Waschanstalt von F. Stending in Breslau,

Schweidnitzerstraße Nr. 28, vis-à-vis dem Theater,

in Magdeburg, in Posen, in Frankfurt,

Goldschmiedebrücke Nr. 3 und 4, Wilhelmstraße Nr. 8, Holzmarkt Nr. 7,

in Landsberg a. B., in Groß-Olgan, in Liegnitz,

Richtstraße Nr. 48, Markt Nr. 9, Ring 9, Ecke der Mittelstraße,

in Gützin, Markt Nr. 191,

erlaubt sich ein geehrtes Publikum auf ihre in das Fach der Färberei einschlagenden Arbeiten, welche stets mit der größten Sauberkeit ausgeführt werden, hiermit ganz ergebenst aufmerksam zu machen.

Es werden alle Arten seidene, halbseidene, wollene und gemischte Stoffe, echter Sammet u. auf das Beste in den lebhaftesten Farben aufgefärbt. Seidene Stoffe werden nach den neuesten Manipulationen „à ressort“ gefärbt, so daß dieselben das gefärbte Aussehen gänzlich verlieren und neuen Stoffen vollständig gleichkommen. Schwere seidene Roben werden sowohl in antique moirée, als auch in marée française wie neu wieder hergestellt, edel türkische und französische Schals, Teppiche, Sideren, Crep de Chine-Rächer nach französischer Methode gewaschen und appretirt.

Seidene, wollene und gemischte Stoffe werden in den verschiedensten Farbenstellungen stets mit den neuesten Dessins bedruckt und für deren Haltbarkeit garantirt. Organbinen und Jaconnet-Kleider von jeder Farbe und Muster werden unter Garantie blendend weiß gebleicht, waschecht und giftfrei wieder bedruckt, so daß dieselben von neuen Stoffen nicht zu unterscheiden sind.

Baumwollene Gardinen und Möbelstoffe werden auf das Sauberste gewaschen und mit Glanzappretur versehen, Federn in jeder beliebigen Farbe gefärbt und gebrannt. Seidene, wollene und halbseidene Kleider werden in schönen hellen Farben, als lila, grau, moiréfarben u. gefärbt und mit schwarzem Dampfdruck versehen, welcher weder oben aufliegt, noch sich abträgt, wie neu wieder hergestellt. [1069]

Preise billig, Bedienung prompt und schnell.

Simmenauer Keller, (Stadthaus).

Der Ausschank des „Bockbieres“ wird fortgesetzt. [1555]

Schlesische 3 1/2 proc. Pfandbriefe

auf das Rittergut Schyglowitz, Kreis Tost, tauscht gegen gleichhaltige Pfandbriefe um und zahlt 2 Procent zu

S. Pringsheim in Breslau,

Schweidnitzer-Stadtraben 28.

[1087]

Ungarisches Eisenbahn-Anlehen.

Mit Genehmigung des ungarischen Reichstages, auf Grund des von Seiner Majestät dem Kaiser von Oesterreich, Könige von Ungarn sanctionirten Gesetzes vom 18. October 1867 und mit der speciellen Bestimmung zur Ausführung von Eisenbahn- und Canal-Bauten auf dem Territorium der zur ungarischen Krone gehörigen Länder.

Emission von 709,380 Obligationen, welche das ganze Anlehen bilden,

[1070]

zum Emissions-Preis von 215 Francs per Obligation mit Zinsengenuß vom 1. Januar 1868.

Die Jahreszinsen werden mit 15 Francs in Gold oder 6 Gulden in Silber ohne jeden Abzug halbjährlich am 1. Januar und 1. Juli ausgezahlt.

Die Obligationen sind binnen 50 Jahren durch halbjährliche Verloosungen mit 300 Francs in Gold oder 120 Gulden in Silber rückzahlbar.

Die Garantie für dieses Anlehen wird gewährleistet:

1) Durch eine Special-Hypothek auf die Eisenbahnen und Canäle, welche mittelst dieses Anlehens erbaut werden. Diese Special-Hypothek wird collectiv zu Gunsten der Obligationenbesitzer grundbücherlich einverleibt.

2) Durch die Gesamt-Einkünfte des Königreichs Ungarn.

Das Anlehensgesetz verpflichtet die ungarische Regierung, die durch das Anlehen zu beschaffenden Capitalien ausschliesslich für Bauten von Eisenbahnen und Canälen auf dem Territorium der zur ungarischen Krone gehörigen Länder zu verwenden. Der Finanzminister wird in einem besonderen Abschnitte des Jahresbudgets, dem Reichstage über die Verwendung der Capitalien und über den Stand der Bauten Rechnung legen.

Die Verloosungen werden alljährlich am 1. Juni und 1. December stattfinden und beginnen am 1. Juni 1868.

Die Auszahlung der Zinsen und die Rückzahlung der verloosten Obligationen geschieht ohne jeden wie immer Namen habenden Abzug, je nach der Wahl des Inhabers in Paris, London, Frankfurt a. M., Amsterdam, Wien oder Pest-Ofen.

Die Obligationen werden auf den Inhaber lautend ausgestellt und an allen grossen Börsenplätzen Europas notirt.

Die Subscription findet statt:

Dinstag den 28., Mittwoch den 29. und Donnerstag den 30. Januar 1868.

Sollte eine Ueberzeichnung stattfinden, so wird eine verhältnissmässige Reduction vorgenommen, doch können die in Ungarn erfolgten Subscriptionen nicht auf weniger als den vierten Theil des ganzen Anlehens reducirt werden.

Die Einzahlungen werden geleistet:

Bei der Subscription	Frs. 30
Nach erfolgter Repartition	„ 50
Vom 10. bis 15. März 1868	„ 50
„ 10. „ 15. Mai „	„ 50
„ 25. Juni bis 1. Juli 1868	„ 35
	Frs. 215

Der Juli-Coupon wird bei der letzten Einzahlung in Abrechnung gebracht mit „ 7,50

Die Einzahlungs-Summe beträgt somit „ 207,50

per Obligation.

Die Einzahlung der später fälligen Raten kann gegen eine 5procentige Zinsenvergütung auch früher geleistet werden.

Nach Einzahlung der zweiten Rate werden die auf Namen lautenden Subscriptions-Bestätigungen gegen auf den Inhaber lautende Interimsscheine umgetauscht.

Subscriptionen finden statt:

In Wien bei dem Bankhause Max Springer,

wo die Einzahlungen auch in Oesterr. Währung zum Tages-Course der Devisen Paris geleistet werden können.

In Pest bei der Ungar. Boden-Credit-Anstalt.

„ „ „ „ Ungar. Allgem. Creditbank.

„ „ „ „ Ersten Ungar. Allgemeinen

Assicuranz-Gesellschaft.

„ Paris bei der Société générale, 68 rue de

Provence.

„ Frankfurt bei Herrn B. H. Goldschmidt.

„ München „ „ Joseph v. Hirsch.

„ Nürnberg „ Herren Lödel & Merkel.

„ Stuttgart „ der k. Württemb. Hofbank.

In Stuttgart bei Herren Gebrüder Benedikt.

„ Carlsruhe „ „ G. Müller & Cons.

„ Hamburg „ „ Hrn. Lieben Königswarter.

„ Leipzig bei der Allgem. deutschen Credit-

Anstalt.

„ Dresden bei der Sächsischen Bank.

„ Breslau bei dem Schles. Bank-

Verein.

„ Amsterdam bei Hrn. Wertheim & Gompertz.

Rothschrei [1654]

aus Meinhold's Dampfbade. Schaffen Sie sich noch mehr Raum, lieber Herr Meinhold! Mehrere Badegäste.

Hotel Wolf,

Dhlauerstraße 84. Heute, Sonnabend, den 25. Januar, von 8 1/2 Uhr Abends ab [1661]

Hamburg. Roastbeef.

Local-Veränderung.

Unsere Fell- u. Rauchwaren-Handlung befindet sich seit dem 20. c. in unserem Hause [1657] Büttnerstraße 31.

L. A. Gottstein u. Sohn.

300,000 Thlr. sofort zu vergeben: auf pupillar. Hypotheken in Breslau, und auf Rittergüter in Schlesien. [1659]

Mar Altmann, Lauenzienstraße Nr. 65.

MATICO-INJECTION VON GRIMAULT & CO APOTHEKER IN PARIS

Aus den Blättern der Matico-Pflanze bereitet, dient diese Einspritzung als ein sicheres und rasches Heilmittel gegen die Schleimflüsse.

Ferner werden von demselben Hause gegen diese Krankheit Gallert-Kapseln, unter dem Namen Capsules végétales au Matico bereitet, welche neben dem Copalva-Balsam die wirksamsten Bestandtheile der Matico-Pflanze enthalten. Durch Vereinigung beider Substanzen werden nicht allein die Heilkräfte des Balsams erhöht, sondern auch das unangenehme Aufstoßen und die Uebelkeiten, welche der Gebrauch des Copalva-Balsams nach sich zieht, vermieden.

Niederlage in Breslau in der Resculap-Apotheke, Dhlauerstraße Nr. 3, bei Fr. Goerh, Apotheker. [413]



Vom Hamburger Pferdemarkt retournirt empfehle ich einem geehrten Publikum eine Auswahl von 30 meist englischen Reit- und egalen Wagenpferden und bin im Stande, dieselben durch günstigen Einkauf preiswürdig zu verkaufen. [462]



Max Krain, Posen.

